

# Die Baugewerkschaft

Organ  
des Zentral-Verbandes  
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Schluß der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 36.

Berlin, den 7. September 1913.

14. Jahrgang.

## Unsere Agitation während der Dauer der Tarifverträge.

I.

Die Agitation gehört mit zu den schwierigsten Problemen, mit denen sich die Funktionäre einer Gewerkschaft auseinandersetzen müssen. Gewiß verursachen auch andere Arbeiten große Anstrengungen, da wir es aber mit der Agitation fast zu jeder Zeit zu tun haben, ist sie vielleicht die schwierigste Frage überhaupt, die es zu lösen gilt. Für diese Behauptung dürften einige kurze Andeutungen genügen.

Von den agitatorischen Erfolgen hängt es zunächst ab, ob die gewerkschaftliche Organisation das sich gesteckte Ziel verwirklichen kann oder nicht. Die organisierten Arbeiter erstreben einen größeren Anteil am Produktionsertrag. Bei diesen Bestrebungen finden sie Widerstand bei denen, die ein Interesse daran haben, daß der Anteil der Arbeiterklasse sich in bescheidenen Grenzen hält. So sind dann Kämpfe ganz unvermeidlich. Da nun aber Kämpfe, wenn sie erfolgreich sein sollen, nur mit starken Kräften geführt werden können, so gilt es, Macht zu entwickeln, nicht um unrecht zu tun, sondern um dem Recht Geltung zu verschaffen. Unter diesen Umständen ist eine bestimmte Mitgliederzahl notwendig, andernfalls können keine Erfolge errungen werden. Auch die Regierung und öffentliche Meinung kann nur durch eine größere Mitgliederzahl so beeinflusst werden, wie dieses eine Massenbewegung verlangt.

Man könnte hiergegen einwenden, daß doch eine starke Kasse noch bedeutender sei als alle Agitation. Es käme gerade auf die Geldmittel an, seien diese nicht vorhanden, dann müßten die Kämpfe erfolglos beendet werden. Diese Ansicht bedeutet eine Verkennung der realen Tatsachen; zum mindesten ist ein solches Urteil einseitig, denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß erst die Mitglieder gewonnen werden müssen, bevor sie Beiträge entrichten können. Damit soll natürlich nicht bestritten werden, daß die Agitationskosten in einem richtigen Verhältnis zur Gesamteinnahme stehen müssen.

Die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Agitation steht so wohl außer allen Zweifeln. Alle großen Probleme verursachen aber auch dementsprechend große Schwierigkeiten. Um was handelt es sich in der Agitation? Nur die richtige Fragestellung ermöglicht auch eine Antwort, die praktischen Wert hat. In der gewerkschaftlichen Agitation handelt es sich um die Beantwortung zweier Fragen. Die erste lautet: „Wie und mit welchen Mitteln können der Organisation neue Mitglieder zugeführt werden?“ In Bedeutung steht die andere Frage der ersten nicht nach; hier handelt es sich darum: „Wie können die Mitglieder, die jetzt schon der Organisation angehören, ihr erhalten bleiben, und was wäre zu tun, um sie an den Verband zu fesseln?“ Eine Antwort kann nur versucht werden, nachdem zunächst allgemeine Betrachtungen vorausgeschickt und dann die besonderen Umstände beleuchtet werden, mit denen es wir als organisierte Bauarbeiter zu tun haben.

Jede Agitation hat es mit Menschen zu tun, die in ihrem Denken, ihren Empfindungen und Anschauungen durch mancherlei Umstände beeinflusst werden. Es ist daher wohl eine Forderung, die man an die Spitze stellen muß, daß die in der Agitation stehenden Personen darauf bedacht sein müssen, sich gründ-

liche Menschenkenntnis zu erwerben. Wer weiß, wie man auf Menschen einwirkt, der kann auch die Mittel anwenden, um die Gefühle und das Denken so zu beeinflussen, daß eine Willensfähigkeit zustande kommt.

Soll eine Arbeit erfolgreich sein, dann muß sie systematisch betrieben werden; so ist es auch mit der Agitation. Geeignete Situationen müssen in zweckmäßigster Weise ausgenutzt werden. Es gibt Zeiten, die sich viel mehr eignen zur Agitation, als dieses in gewöhnlichen Zeiten der Fall ist. Alle Gewerbe haben guten und schlechten Geschäftsgang, und erst recht im Saisongewerbe gilt es, den rechten Augenblick abzapfen. Auch sonst bieten sich Gelegenheiten zum Stimulieren an, es kommt nur darauf an, daß diese Gelegenheiten nicht verpaßt werden.

Dabei erfordert unsere Agitation eine zähe und ausdauernde Arbeit. Die Praxis zeigt uns in vielen Fällen, daß erst eine Pionierarbeit geleistet werden muß, bis sich Erfolge einstellen. Wir können nicht selten beobachten, daß sich Kollegen mit einer riesigen Begeisterung in die Agitation stürzen, aber nach kurzer Zeit die erhobene Fahne in den Sand sinken lassen. Sich durch Mißerfolge nicht beirren lassen, vor Schwierigkeiten nicht zurückweichen, immer von neuem Initiative entwickeln, das ist der Agitation sehr notwendig. Freilich auch leichter gesagt als getan.

Die Personfrage ist für jede Agitation von ausschlaggebender Bedeutung. Wer Langweile hat, mag darüber isidindige Betrachtungen anstellen in dem Sinne, daß das Problem „Masse und Führer“ dadurch am besten gelöst werden könne, daß alle wichtigen Fragen durch Versammlungsbeschlüsse entschieden werden müssen. In der Praxis kann die Personfrage gar nicht hoch genug geschätzt werden. Nur geeignete Personen vermögen in der Agitation etwas auszurichten. Wer das Gegenteil behauptet, ist sich nicht bewußt, welche Anforderungen an die leitenden Kräfte einer Bewegung gestellt werden, oder er ist Demagoge, der sich durch Schmeicheleien Einfluß zu verschaffen sucht. Allerdings wird man auch nicht der Ansicht sein, wie der „Grundstein“, der in den letzten Monaten die Meinung vertrat, alle Initiative läge nach der eingetretenen Zentralisation beim Zentralvorstand. Ach nein, so liegen die Dinge nicht; um eine solche Organisation wäre es sehr schlecht bestellt. Ein in Arbeit stehender Verwaltungsvorsitzender, der tüchtig ist, vermag unter Umständen mehr Tatkraft zu entwickeln als manche Mitglieder eines Zentralvorstandes. Auf die handelnden Personen kommt es eben an. Vielleicht wird dieses noch verständlicher, wenn folgende Erwägungen hinzutreten:

Um geeignete Situationen auszunutzen, bedarf es Menschen, die diese richtige erfassen. Die ganze Anleitung zur Organisation erfordert gleichfalls einen scharfen Blick. Die Rollen müssen richtig verteilt sein u. dgl. m. Was noch viel wichtiger ist, das ist die Tatsache, daß derjenige, der Agitation betreiben und vor allem leiten soll, agitatorisches Talent haben muß. Wie wenig Personen aber tatsächlich agitatorisches Talent und Geschick haben, davon kann man sich auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung bei jeder politischen Wahl überzeugen. Und doch ist das eine Eigenschaft, ohne die absolut nichts ausgerichtet werden kann.

Oben haben wir gesagt, daß auf die richtige Menschenkenntnis in der Agitation sehr viel ankommt. Diese Kenntnisse sich anzueignen, ist aber keineswegs leicht, die meisten Menschen kennen sich selbst nicht einmal, noch viel weniger vermögen sie andere zu erforschen. Einen scharfen Blick in der richtigen Beurteilung von Menschen ist immer wieder nur ein-

zelnen Personen möglich. Wieviel hängt aber von der richtigen Menschenbehandlung ab! Hier haben wir einen Kollegen, der ist zu ausfällig und maßlos, dort haben wir wieder einen, der seine Autorität sich zu erringen vermag. Bestimmtes und festes Auftreten, in kritischen Situationen ruhig bleiben und entschlossen handeln, nicht zu rauh sein auf der einen Seite und nicht zu weich auf der anderen, sondern nötigenfalls auch mit rücksichtslosem Vorgehen sich Geltung verschaffen, Menschen mit solchen Eigenschaften brauchen wir. Aber auch solche Personen sind leider nicht so leicht zu finden, wie wir sie brauchen.

Alle größeren Bewegungen brauchen Personen, die die übrigen mit sich fortziehen. In der Agitation ist das gleichfalls notwendig. Dazu brauchen wir Vertrauensleute und Führer, die dieses bejagen. Ist das etwa leicht? Wenn der Vertrauensmann mühevoll die Treppen auf und ab gerannt ist und freche Lebensarten statt Erfolge mitnehmen mußte, wenn der Redner im schnellsten Tempo nach dem Versammlungsort eilt, nachdem er sich bei Tage so müde gelaufen hat, daß er kaum die Beine noch bewegen kann, und wenn er dann noch eine leere Versammlung findet, gehört dann nicht sehr viel dazu, um den anwesenden Kollegen noch Mut einzureden? Nur wer tief von der Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung überzeugt ist, glühenden Eifer mit Schaffensfreudigkeit verbindet, vermag in der gewerkschaftlichen Agitation durchzuhalten. Es ist nun einmal so, der kalte Ofen gibt keine Wärme von sich, und nur wer starke Begeisterung besitzt, kann andere begeistern und eine Bewegung vorwärts bringen. Das gilt vom letzten Vertrauensmann bis zum ersten Führer ohne Ausnahme. Wer nur geschäftsmäßig die Agitation betreiben will, der lasse die Finger davon, er schadet mehr, als er nützt.

## Wo bleibt der christliche Nachwuchs?

Die gewaltigen Anstrengungen der Sozialdemokratie, um die Jugend für sich zu gewinnen, sind nicht erfolglos geblieben. Wir haben vor einiger Zeit in der „Baugewerkschaft“ hierüber Zahlen mitgeteilt, die beweisen, daß die sozialdemokratische Jugendbewegung bereits heute schon zu einem bedeutenden Faktor geworden ist, an dem die christlich-nationale Arbeiterbewegung unmöglich achtlos vorübergehen kann, wenn sie nicht andernfalls für ihre zukünftige Entwicklung große Überraschungen gewärtigen will. Angesichts dieser Lage der Dinge verdient die Frage ernste Beachtung: Wo bleibt der christliche Nachwuchs? Wo bleiben die tausende in das Erwerbsleben eintretenden Söhne und Töchter aus den religiös-gläubigen Familien? Kein Zweifel: Würde hierin allseits die Pflicht getan, so müßte die nichtsozialistische Arbeiterbewegung einen ganz anderen Umfang haben, als sie ihn tatsächlich einnimmt.

Es nützt jedoch wenig oder nichts, über das, was in dieser Beziehung veräußert ist, bewegliche Klagen anzustellen. Wichtiger und vor allen Dingen dringlicher ist es, nach Mitteln für eine zweckmäßige Abhilfe zu suchen. Dazu bringt die „Jugendkorrespondenz“ der christlichen Gewerkschaften eine Reihe sehr beachtenswerter Gedanken, die wir auch unseren Mitgliedern zum Nachdenken unterbreiten möchten. Sie schreibt:

„Uns will scheinen, als ob namentlich alle an der Jugendpflege beteiligten Faktoren etwas mehr das Ganze der christlichen Volksbewegung, im

Gegensatz zu Sozialismus und Sozialismus, ins Kluge fassen müßten. Jede einzelne Gruppe, die sich mit der Organisation unserer christlichen Volksträfte befaßt, sollte also nicht egoistisch und engherzig nur auf eigene günstige Entwicklung bedacht sein, sondern ebensowohl an dem Schicksal der neben und (zeitlich) nach ihr arbeitenden Institutionen wirklich interessierten Anteil nehmen. Unsere Ueberzeugung ist, daß uns die Sammlung der Arbeiter — und mit diesen haben ja wir es hier zunächst zu tun — in den konfessionellen Ständevereinen, vom Jüngling bis zum erwachsenen Mann, nicht viel nützt, wenn nicht auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung die Mitglieder der Ständevereine zugeführt werden. Unsere Arbeiter sind Menschen wie alle anderen, sie wollen angemessen leben und ihren Teil an dem steigenden Wohlstand haben. Und wenn sie nicht früh genug mit den christlichen Gewerkschaften, deren Obliegenheit die Sorge für die vorbezeichneten Ziele ist, bekannt werden, gehen sie in die sozialistischen. Von dem Zeitpunkt an aber sind sie auch bombensicher die längste Zeit wirklich überzeugte Mitglieder der konfessionellen Ständevereine gewesen. Die Jugendvereine bängen ja heute stets um die Früchte ihrer Vereinsarbeit: sie sind nicht einmal sicher, daß der Jugendvereinsler später dem konfessionellen Ständeverein beitrifft und suchen daher nach einer organischen Verbindung der beiderseitigen Vereine untereinander. Wehnlich muß auch gegenüber den christlichen Gewerkschaften verfahren werden. Kurz: die christlichen Organisationen untereinander müssen sich immer klar sein und bleiben über das fernere Schicksal ihres gewesenen oder noch in ihnen wirkenden Mitgliedes, damit möglichst wenige von der großen christlichen Familie in das gegnerische Lager übergehen.

Ein besonders gutes Mittel zu diesem Zweck ist die Pflege der Statistik, die der von uns gewünschte Vollständigkeit beispielsweise in der Zusammenarbeit von konfessionellen Vereinen und christlichen Gewerkschaften im Jugendausschluß zugeführt werden kann. Die Statistik haben wir von allem Anfang an als eine der ersten Aufgaben für die Jugendausschüsse aufgestellt und insbesondere von ihr Auskunft verlangt über die Zahl der beiderseitigen Organisationsfähigen und Organisierten, deren Berufszugehörigkeit usw. Denkt man sich diese Statistik weiter ausgedehnt, insbesondere so, daß sie den Jugendlichen von der Schulentlassung aus erfaßt, dann müßte es mit sonderbaren Dingen zugehen, wenn der christliche Nachwuchs nicht stärker den Organisationen, die für ihn bestimmt sind, zugeführt werden könnte, als bisher. In dem „Korrespondenzblatt“ für die katholischen Jugendpräsidenten war jüngst das Semesterergebnis einer kartothekarischen Aufnahme über das fernere Schicksal und insbesondere auch die organisatorische Entwicklung der männlichen und weiblichen Jugend eines rein katholischen Dorfes bei Neulohr wiedergegeben. In ihrer lakonischen Zahlenansage bejaht das Ergebnis dies:

Gesamtzahl der Jünglinge 89. Davon Bauernsöhne 21, Handwerkeröhne 30, Arbeiteröhne 33, verzeugte und nicht mehr selbstst. 5. Von den Bauernsöhnen wurden Bauern 9, Handwerker 6, von den letzteren in der Fremde 4, von diesen in katholischen Vereinen 1, christlich-organisiert 3, es studierten 5,

Kaufmann wurde 1. Von 30 Handwerkeröhnen wurden 28 Handwerker, von diesen in der Fremde 16, von diesen in katholischen Vereinen 9, christlich-organisiert 2, es studierten 1, Arbeiter wurde 1. Von 33 Arbeiteröhnen wurden Dienstknechte 16, Handwerker 13, von diesen in der Fremde 4, von diesen in katholischen Vereinen 2, christlich-organisiert 1, es wurden 3 Arbeiter, es studiert 1, in Zwangsverziehung 2.

Gesamtzahl der Jungfrauen 73, Bauerntöchter 25, Handwerkerstöchter 18, Arbeiterstöchter 23, verzeugte 7. Von den Bauerntöchtern blieben im Haushalt 12, hatten zuvor kurze Ausbildung 4, es studierten 2, es gingen als Dienstmädchen in die Stadt 5, von diesen in katholischen Vereinen 1, Dienstmädchen auf dem Lande 2. Von 18 Handwerkerstöchern blieben im Haushalt 5, es wurden Dienstmädchen auf dem Lande 1, in der Stadt 7, davon in katholischen Vereinen 1. Von 23 Arbeiterstöchern wurden Dienstmädchen auf dem Lande 19, in der Stadt 4, davon in katholischen Vereinen 1.

Sat angesichts eines derartigen überaus bezeichnenden Ergebnisses nicht die Frage eine volle Berechtigung, wo denn der christliche Nachwuchs bleibt? Und ergibt sich nicht zugleich mit außerordentlicher Dringlichkeit die Mahnung, mehr in der gegenseitigen Zusammenarbeit zu tun als bisher? Zugleich redet dieser eine Auszug aus der Kartothek einer kleinen Gemeinde geradezu Wände für die Notwendigkeit der Pflege der Statistik. Alle Kräfte müssen sich hier zusammenfinden. In den Jugendausschüssen aber ist der Anfang zu machen.

**Ein bemerkenswerter Kampf.**

In den nordischen Hafenstädten ist nunmehr endgültig ein Kampf zu Grabe getragen worden, der weithin Aufsehen erregt hat. Ein Kampf der Werftarbeiter mit den Werftbesitzern um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Er mußte jedoch resultatlos abgebrochen werden, weil die Leitungen der in Betracht kommenden sozialdemokratischen Verbände die Genehmigung des Streiks und die Unterstützung der Streikenden verweigerten.

Dieser ungewöhnliche, nicht alltägliche Vorgang hatte seine letzten Ursachen in der Nichtbeachtung der elementarsten gewerkschaftlichen Grundzüge und einem gräßlichen Verstoß gegen die Statuten. Im Einverständnis mit den Verbandsvorständen traten die Werftarbeiter, soweit sie sozialdemokratisch organisiert sind, in eine Lohnbewegung ein. Es kam zu Verhandlungen mit den Unternehmern, die auch Zugeständnisse machten, welche jedoch den Werftarbeitern zu gering waren. Da diese Zugeständnisse mit der Erklärung verbunden waren, die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten, falls sie von den Arbeitern abgelehnt würden, wurde dies von einem Teil der Arbeiter als Ultimatum aufgefaßt. Die Verbandsvorstände waren anderer Meinung und richteten an die Werftbesitzer noch einmal ein Schreiben, von dem sie weitere Verhandlungen und ein größeres Entgegenkommen erwarteten. Sie hatten sich zu diesem Vorgehen die Genehmigung einer Werftarbeiterkonferenz eingeholt, die mit fünfsechsmehrheit zugestimmt hatte. Das Schreiben wurde am 13. Juli beschlossen und bis zum 17. Juli Antwort gefordert. Die Antwort wurde jedoch von einem Teil der Werftarbeiter nicht abge-

wartet, sie legten vielmehr die Arbeit plötzlich nieder, und nun folgten ihnen die übrigen Arbeiter, nicht nur in Hamburg, wo der Streik einsetzte, sondern auch in den übrigen Orten mit Werftbetrieben, mit Ausnahme von Danzig. Das war disziplinos und mußte nur zur Stärkung der Unternehmenseinstellung beitragen. Die Vorstände der beteiligten Gewerkschaften gaben nunmehr eine öffentliche Erklärung gegen ihre Mitglieder ab, in der sie, unter Darlegung der Gründe, die Genehmigung des Streiks verweigerten und die Unterstützung der Streikenden ablehnten.

Erklärlicherweise bemächtigte sich nunmehr den Streikenden eine große Erregung. Sie erklärten, zu ihrem Vorgehen berechtigt zu sein, eine Verständigung mit den Werftbesitzern sei doch ausgeschlossen gewesen, auch hätten die Vorstände ihre letzten Schritte unternommen, ohne zunächst die beteiligten Arbeiter zu befragen.

Die Streikenden erhielten moralische und teilweise auch finanzielle Unterstützung seitens einer Reihe Ortsverbände des Metallarbeiterverbandes. Diese hielten das Vorgehen der Streikenden für berechtigt und beurteilten die ablehnende Haltung der Zentralvorstände. Auch ein Teil der sozialdemokratischen Parteipresse stellte sich auf Seite der Streikenden. Nunmehr sah sich der „freie“ Metallarbeiterverband veranlaßt, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und von dieser entscheiden zu lassen, ob er recht daran tat, die Beachtung gewerkschaftlicher Grundzüge und die Einhaltung des Statuts zu fordern, oder ob der Disziplinbruch fortan Mode werden sollte. Der Schiffszimmererverband erklärte in seiner Hauptversammlung den Streik zwar für statutarisch unberechtigt, bewilligte aber die Streikunterstützung. Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes stimmte ihrem Hauptvorstande zu, bedauerte und tabelte das Vorgehen der Werftarbeiter, weil dieses „nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundsätzen gewerkschaftlicher Disziplin und Disziplin“. Sie forderte die Streikenden auf, den Kampf zu beenden, die ursprünglich vom Hauptvorstand verweigerte Streikunterstützung wurde jedoch bewilligt. Da der Metallarbeiterverband mit der größten Mitgliederzahl am Kampfe beteiligt war, war mit diesem Beschluß die Bewegung entschieden. Die Metallarbeiter fügten sich, wenn auch mit größtem Widerwillen, die übrigen Berufe folgten zunächst teilweise, wodurch weitere Entwicklungen entstanden, die vergrößert wurden durch die Arbeitgeberorganisation, die jetzt ihre Arbeitsnachweise dazwischenschob und die Neueinstellungen nur durch diese vornehmen ließ. Sie schlossen ihre Arbeitsnachweise, alsbald sich eine Arbeiterorganisation nicht fügte, welches Anerkennung gleichkam, ohne sie formell auszusprechen. Diese Nachwirkungen hielten noch einige Wochen an, es kam zu heftigen Zudungen und häßlichen Szenen zwischen Verbandsführern und Mitgliedern. Heute kann gesagt werden, daß der Kampf überwunden ist.

Dieser Kampf bietet des Lehrreichen sehr viel. Die geistige Disponierung einer Arbeiterschicht, wie sie hier zutage tritt, kann nur als Resultat einer zwiespältigen Erziehung angesehen werden. Es ist uns bekannt, daß insbesondere an der nordischen

**Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in China.**

Seit einigen Jahren wird die Aufmerksamkeit mehr und mehr auf China gelenkt, weil dort im höchsten Maße der Erde noch und noch soziale und wirtschaftliche Verhältnisse herrschen, die in weitgehender Weise auch auf andere Länder einwirken können. Ganz gleich, wie wieder die jetzige Revolution ausgeht, ob schließlich die Aufständigen aus dem Süden siegen werden oder ob sich der bereitwillige Diktator mit den Truppen aus dem nördlichen Norden behaupten wird, jedenfalls ist nicht mehr daran zu denken, daß die chinesischen Völker weiter in der Verfallstadium verharren werden. Weisheitslos ist für die nächsten Jahrzehnte in China eine Umwandlung aller sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwarten, und zum Teil hat diese Umwandlung bereits begonnen. Auch in China wird die kapitalistische Betriebsweise ihren Einzug halten.

Bisher existieren in China noch viele Zustände, wie zum Beispiel das Leibeigenschaft, an die Verhältnisse in den großen Ländern des Westens, das Fortwachen von den Leibeigenschaftsmenschen an die gleichen Einrichtungen, die in allen westlichen Ländern bestehen. Doch jetzt hat in China die Nationalwirtschaft eine außerordentlich große Bedeutung. Der chinesische Bauer fertigt sich jetzt alles an, was er in seinem Hause braucht, sowohl in den kleinsten Dörfern als auch in den großen Städten. Auf dem Lande sind die eigentlichen Schwerkrafts hergestellt worden. In der Landwirtschaft ist die Viehzucht der Hauptzweck geworden. Der Bauer erhält jetzt jedes Jahr ein oder zwei Mal ein gutes Erzeugnis. Auch die Viehzucht ist in China sehr verbreitet. Die chinesischen Bauern haben sich in den letzten Jahren sehr viel mehr um die Viehzucht bemüht, als bisher. Sie haben sich in den letzten Jahren sehr viel mehr um die Viehzucht bemüht, als bisher. Sie haben sich in den letzten Jahren sehr viel mehr um die Viehzucht bemüht, als bisher.

daselbe trifft auf Eisenwerke zu. Wohl gibt es in China schon Lande von Berg- und Hüttenbetrieben, aber in diesen Betrieben wird so gearbeitet, daß die Erdschicht gewissermaßen nur gerührt wird. In diesen Betrieben arbeiten oft nur zwei und drei, höchstens einmal ein Dutzend Personen, und schon nach einigen Metern Tiefe müssen die Schächte wieder verlassen werden, weil die Wände einstürzen oder weil es an Vorrichtungen fehlt, das einbringende Wasser zu entfernen. Bisher besteht in China ein einziges modernes Eisenwerk. Dieses bei Hankow gelegene, von deutschen Ingenieuren eingerichtete Werk hat allerdings bereits für China eine große Bedeutung. Bereits im Jahre 1910 wurden dort gegen 20000 Arbeiter, fast alles Chinesen, beschäftigt. Neben Eisen und Kohlen kommt in China auch noch in großem Umfang Zinn, Zink, Kupfer, feuerfester Ton, Kupfer, Zinn, Zinnober, Gold und Silber vor. In China wächst der beste Tee, die Seidenkultur hat ihren Ursprung in China genommen, viele Bezirke eignen sich für die Baumwollkultur, es gedeihen in China das Zuderrohr, Süßholzwurzel, in den westlichen Teilen Chinas ist noch viel Bohnholz vorhanden, und die mittlere Region eignet sich besonders zum Getreidebau. Hauptzweck ist darauf zu richten, daß China noch einmal zu einem wirtschaftlichen Machtstaat auferstehen werden wird, wenn dort der Kapitalismus seinen Einzug in größerem Umfange hält, wenn dort europäische Betriebsweisen einbringen.

Die große Masse der chinesischen Bevölkerung ist außerordentlich arm und geduldet: ein Lutz erhält nach unserem Maße an Tagelohn höchstens 40 Pf., meistens aber nur 20-30 Pf. Von besonderer Bedeutung für das soziale Leben in China ist die Vereinsbildung. Von den Deutschen wird gesagt, daß, wenn drei von ihnen zusammen sind, so bilden sie einen Verein; das läßt sich mit noch größerer Berechtigung von den Chinesen sagen. Die Chinesen bilden einen Verein, wenn sie einen gemeinsamen Zweck verfolgen wollen, sie schließen sich zu einem Verein zusammen, um einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen, sie schließen sich zu einem Verein zusammen, um einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen.

wenig kümmern, muß sich die Bevölkerung selbst helfen und das geschieht durch Zusammenschluß in Vereinen zu einem bestimmten Zweck. Meistens sind diese Vereine geheime Organisationen. Fast jeder arme Chinese gehört wenigstens einem Sterbefassenverein an, der beim Tode für Sarg und Totenbekleidung sorgt. Selbst die Bettler sind in Vereinen zusammengeschlossen. China konnte bis vor kurzem als ein despotischer Staat angesehen werden, doch bestehen in China teilweise auch sehr demokratische Einrichtungen, und es haben sich in den einzelnen Provinzen Gewohnheitsrechte herausgebildet, an die auch die Bigen oder die Zentralverwaltung nicht zu rühren wagen. So besteht in China die absolute Freizügigkeit, jeder kann hinfahren, wohin es ihm gefällt, und das Gemeinwohlrecht bei der Wahl der Ortsbeamten ist ebenfalls absolut gleich. Für die höheren Beamten ist allerdings die Ablegung von Prüfungen vorgegeschrieben, aber auch hier sind die Reichen nur insofern bevorzugt, als es ihnen eben leichter möglich ist, zu studieren. Merkwürdig berührt im chinesischen Volksleben, daß der Titel eines Mannes auch auf dessen Vater und Großvater übergeht. Wenn z. B. der Sohn den Titel eines Mandarins zweiter Klasse erhält, so genießt auch der Vater die Ehren eines beträchtigen Mandarins.

Das Transportwesen ist noch sehr wenig ausgebildet. Eine weitgehende Besserung des Transportwesens und ebenso eine bessere Ausnutzung der natürlichen Reichtümer Chinas kann nur durch Einführung der Dampfschiffahrt und durch Anlegung von Eisenbahnen erreicht werden. Und der Eisenbahnbau hat denn auch bereits in größerem Umfange begonnen. Im Jahre 1901 bestanden in China nur gegen 1200 Kilometer Eisenbahnen, heute dürften die chinesischen Eisenbahnen schon eine Länge von 10000 Kilometern haben, und in einem Jahre gebaut werden es vielleicht schon 25000 oder 30000 Kilometer sein. Erst wenn China über ein größeres Eisenbahnnetz verfügt, wird sich auch am nächsten erkennen lassen, welchen Einfluß China auf das internationale Wirtschaftsleben auszuüben imstande ist.

Waterlant das Problem Masse und Führer eine weitgreifende Erörterung gefunden hat. Wenn nun auf der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes der Verbandsvorsitzende Schilde darlegte, daß die Arbeitseinstellung vor der Antwort der Werksbesitzer deshalb erfolgte, um „die Vorstände vor eine pollenbede Situation zu stellen, in der es heißt: „Frisch, Vogel, oder stirb“, so ist das ein Beweis dafür, daß die Lehre, Bewegungen von unten heraus zu machen, nicht vergeblich gepredigt worden ist. Diese Lehre richtet sich direkt gegen die „verspießerten“ Gewerkschaftsbeamten, die mit ihrer vorsichtigen Taktik, der von ihnen geforderten Disziplin und der strengen Beachtung aller übrigen gewerkschaftlichen Grundsätze seitens der Mitglieder nicht nach dem Willen und der Meinung radikal-sozialistischer Führer à la Panncoek handeln. Diese Kreise Beeinträchtigung revolutionär-sozialdemokratischer Ziele. Und so wurde dieser Kampf in den Gaststätten zu einer Machtprobe zwischen Mitgliedern und Führern mit all ihren häßlichen Begleiterscheinungen. Die Werksarbeiter wollten unter allen Umständen loschlagen, da sie aber von dem letzten Schritt ihrer Organisationsleitung befürchteten, in ihrer Absicht durchkreuzt zu werden, deshalb die willkürliche Arbeitsniederlegung, die Schilde als „Erpressertaktik gegen die Organisation“ bezeichnete. Das tiefe Mißtrauen, das sich in diesem Schritt gegen die Verbandsvorstände kundtut, haben diese doch kaum verdient. Denn was sie taten, war eingegeben von der Absicht, die Interessen ihrer Mitglieder so zu vertreten, daß sie in der Öffentlichkeit eine breite Rückenbedeckung fanden, eventuell auch zu einem Kompromiß zu gelangen, das einen Kampf hinfallig machte, wodurch große Opfer auf beiden Seiten erspart blieben. Aber nein, die Mitglieder wollten den Kampf, und er kam zustande auf ganz eigenartige Weise. In einer Abteilung wurden „die Brocken geschmissen“, und nun verbreitete sich das Gerücht, es sollte allgemein die Arbeit niedergelegt werden. Wer das Gerücht aufgebracht hat, konnte nicht ermittelt werden. Aber, und das ist das Beschämendste, das bloße Gerücht genügt, und die Arbeit wurde daraufhin niedergelegt, ohne Versammlungsbeschluss und ohne die örtliche Verbandsleitung vorher zu befragen. Ja, wo steht man denn, wenn derartiges möglich ist!

Da war es zu verstehen, wenn Schilde die Werksarbeiter, die seine Mitglieder sind, als „Stickertruppe“ spöttisch ironisierte. Und was er sonst von ihnen noch sagte, war nicht minder interessant. Das zu sagen, sollte ein christlicher Arbeiterführer in ähnlicher Situation wagen, er würde von der sozialdemokratischen Presse moralisch gerädert und gebiertheit. Man würde ihm sagen, daß er die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter an die Unternehmer verschächere und sie obendrauf noch verhöhne. Und es zeigt sich, daß die Methode, wie sie von genannter Presse gegen die christlichen Gewerkschaften, insbesondere aber gegen deren Führer angewendet wird, den „freien“ Gewerkschaften selbst verhängnisvoll wird. Es war immer so: Untreue schlägt den eigenen Herrn. Schilde muß auf der Generalversammlung der Metallarbeiter sagen, daß unter den eigenen Organisationen eine unlautere Treiberei sei, jede wolle der anderen beherrschen, daß sie mehr für ihre Mitglieder herausheben könne usw. Das ist von der nämlichen Verkleinerungssucht eingegeben, wie sie gegen die christlichen Gewerkschaften schon immer geübt wird. Uns ist das, was Schilde da sagte, eigentlich nichts Neues, wir haben das anderwärts selbst schon aus nächster Nähe beobachtet können.

Zu der Generalversammlung der Metallarbeiter hat die sozialdemokratische Presse, von Ausnahmen abgesehen, geschwiegen. Das ist bemerkenswert. Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei des Kreiswahlvereins Niederbarnim hat ihr jedoch unter Führung Stadthagens ein Mißtrauensvotum in Form einer Resolution ausgestellt, was aber vom „Vorwärts“ gerügt wurde. Stadthagen bedauerte den Mißzug der Metallarbeitergeneralversammlung, da „ein verlorener Streik, vom politischen Standpunkt aus betrachtet, ein Erfolg sein kann“. Diese Anschauung ist bekannt; sie bringt zwar den Arbeitern nichts ein, im Gegenteil, sie werden dadurch geschädigt. Aber die sozialdemokratische Partei hat den Vorteil davon. Je mehr Unzufriedenheit und Erbitterung, desto lieber ist es ihr. Das wird nicht immer so deutlich ausgesprochen, wie es hier Stadthagen getan. Hier ist aber auch der Grund, warum Partei und Gewerkschaften so oft kollidieren, weil eben ihre Interessen auseinandergehen. Syndikalistische Maximen frommen einer ersten Gewerkschaft am allerwenigsten, um so mehr aber der Partei: daher sind auch die radikal-sozialdemokratischen Kreise im Innersten ihres Herzens zum mindesten syndikalistisch angehaucht. Die Anstöße gegen die Gewerkschaftsführer kommen ja immer aus ihren Reihen. Das Drausgängertum aber läßt bei den Massen immer den meisten Anklang.

die Gewerkschaftsführer begehen dürfen sich mit Honkühlen Vernunftgründen leiten lassen. Wie werden sich nun die Verhältnisse unter den Werksarbeitern gestalten? Vorläufig haben die Vorstände gesiegt. Wird das immer so bleiben? Ohne allen Zweifel bleibt ein tiefer Stachel bei den Unterlegenen zurück, der um so bitterer ist, da die Niederlage doppelt ist, einmal gegen ihre Verbandsleitungen, sodann gegen die Werksbesitzer. Die Anarchosozialisten sowohl wie die Selben werden diesen Ausgang weidlich für sich auszunutzen trachten. Von einer gründlichen und vernünftigen gewerkschaftlichen Erziehung ist wohl kaum eine Aenderung zu erhoffen. Eine gewerkschaftliche Erziehung, wie sie das wahre Interesse der Arbeiter heißt, können die „freien“ Gewerkschaften nicht leisten, da sie auf falschen Grundsätzen aufgebaut sind, sodann selbst, wenn sie das wollten, könnten sie nicht, da sie dauernd von der sozialdemokratischen Partei und deren Presse aus den schon angegebenen Gründen darin gestört werden. Wir gehen darum wohl kaum fehl, wenn wir annehmen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften auch in Zukunft von derartigen Bitternissen nicht verschont bleiben werden. Schuld sind sie selber dran. Sie haben genug Wind gefät und müssen daher auch den Sturm ernten.

**Allgemeines.**

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat an die größeren Bundesstaaten und Gemeinden folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Arbeitsmarkt steht zurzeit unter dem Zeichen einer schweren Depression. Die Lage ist bei weitem ungünstiger, als im Vorjahre, so daß nach Einstellung der Bauarbeiten im kommenden Winter eine Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, wie sie an Umfang und Schwere seit langen Jahren nicht vorhanden war. Bei den unerwünschten Folgeerscheinungen, die ein solcher Notstand zeigt, glauben wir die Aufmerksamkeit bereits jetzt darauf lenken zu sollen. Bei früheren Krisen hat sich vielfach gezeigt, daß die Notstandsaktionen nach Vorberathungen, welche lange Zeit in Anspruch nahmen, erst eingeleitet wurden, nachdem die Depression ihren Höhepunkt erreicht hatte. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit gegebenenfalls genügend Arbeiter zur Milderung der Beschäftigungslosigkeit zur Verfügung stehen. Wir bitten daher, eine möglichst große Zahl gesunder Arbeiter und Aufträge schon jetzt für den kommenden Winter bereitzustellen, damit der bevorstehenden Arbeitslosigkeit in hinreichendem Umfange rechtzeitig begegnet werden kann.“

Dieser Schritt der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist durchaus zu begrüßen und auch durch die Verhältnisse am Arbeitsmarkt vollauf begründet. Hoffentlich lassen es die Behörden an Entgegenkommen nicht fehlen.

Der Kampf um die Vertretung in den Ausschüssen der Krankenkassen hat nunmehr auf der ganzen Linie eingesetzt. Die sozialdemokratischen Organisationen versuchen sich in ausdringlicher Weise bei den wohlbesteuerten Krankenkassenmitgliedern als die allein befähigten und bewährten Verwaltungspraktiker anzubieten, von denen die gegenwärtige Ausgestaltung der Arbeiterversicherung abhängig sei. Wer den sozialen Fortschritt, wer sozialen Geist in den Krankenkassen wolle, der müsse die Kandidaten der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft wählen, so heißt es in einem Wahlauftrag der sozialdemokratischen Generalcommission. Nur die „bewährten“ Grundsätze der freigeordneten Arbeiter“ böten die Garantie für eine energische Wahrnehmung der Interessen der Versicherten, so schrieb die sozialdemokratische Parteipresse.

Mit diesen „bewährten Grundsätzen“ der Sozialdemokraten hat es nun, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, eine besondere Bewandnis. Aus der sozialdemokratischen Krankenkassenpraxis sind im Laufe der Jahre so viele Uebelstände und Mißbräuche an die Öffentlichkeit gelangt, daß man nicht mehr von Einzelerscheinungen reden kann. Die sozialdemokratischen Parteinteressen wurden in ungezählten Fällen über die Interessen der Versicherten gestellt, zum großen Nachteil der letzteren. Die Zustände waren so unhaltbar geworden, daß bei der Reichsversicherungsordnung gesetzliche Vorkehrungen dagegen getroffen werden mußten. Wenn dabei eine Einengung des Selbstverwaltungsrechtes in den Krankenkassen mit in Kauf genommen werden mußte, so ist das einzig und allein die Schuld der Sozialdemokraten gewesen, die durch ihre Partei- und Stützungsvereine in der Krankenversicherung die Veranlassung dazu gegeben haben. Das kann durch eine lange Reihe von Vorkommnissen in stichhaltiger Weise nachgewiesen werden. Dem es von den Krankenkassenmitgliedern darum zu tun ist, die Arbeiterversicherung von parteipolitischen Mißbräuchen frei zu halten, wer eine wirklich segensreiche Ausgestaltung der Krankensicherung im Interesse der Versicherten will, der kann und darf keine sozialdemokratischen Vertreter wählen, der wird seine Stimme nur den von der christlich-nationalen Arbeiterschaft aufgestellten Kandidaten geben.

Die Unterbringung von erwerbsbeschränkten Arbeitskräften ist bei der heutigen Gestaltung des Arbeitsmarktes eine sehr schwierige Frage. Nach der Richtung hin muß das öffentliche Gewissen wachgerufen, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß auch solchen Arbeitern eine Existenzmöglichkeit geboten wird. Zu begreifen ist, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise an-

fangen, sich mit dieser Frage eingehender zu beschäftigen. Auf der bayerischen Arbeitsnachweiskonferenz in Augsburg (20. und 21. Mai 1913) führte der Referent, Rechtsrat Dr. Müller, Ludwigshafen, aus: „Eine weitere Aufgabe von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit auf dem Gebiete der Beschaffung von Arbeit durch Staat und Gemeinde erwächst in der Zukunft auch noch gegenüber den erwerbsbeschränkten Arbeitskräften. Alle größeren Arbeitsnachweise machen täglich die Erfahrung, daß Personen bei ihnen um Arbeit nachfragen, die zwar nicht mehr voll arbeitsfähig, aber auch noch nicht so erwerbsunfähig sind, daß sie als invalide oder armenunterstützungswürdig angesehen werden können. Es handelt sich meist um Leute in vorgerückten Lebensjahren, besonders solche Ende der 40er und in den 50er Jahren stehende, die trotz eifriger, eigener Bemühungen, sowie nachhaltiger Arbeit der Nachweiskassen nur äußerst schwer bei dem privaten Unternehmertum unterzubringen sind. Bei Erforschung ihrer Lebensverhältnisse gewinnt man manchmal den Eindruck, daß es sich hier um Leute handelt, die bei der Industrie abgelehrt wurden, weil ein großer Teil von Industriellen — ich sage hier ausdrücklich nicht alle, denn es gibt auch hier manche rühmliche Ausnahmen — es vorzieht, möglichst mit in Vollkraft der Jahre und der Arbeitskraft stehenden Arbeitern ihr Unternehmen zu betreiben und dieses mit solchen durch das Lebensalter oder sonstigen Gebrechen in ihrer Arbeitsfähigkeit herabgesetzten Elementen nicht zu belasten.“ Der Referent wies weiter darauf hin, daß Staat und Gemeinde sich auch vielfach sträuben, derartige Kräfte einzustellen, trotzdem manche untergeordnete Posten von ihnen gut versehen werden könnten. Durch eine planmäßige Organisation, oder durch Gesetz oder Verordnung, könne hier, ähnlich wie bei den Militär-anwärtern, eingegriffen werden. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade Staat und Gemeinde auf dem Gebiete besondere Verpflichtungen haben. Das entbindet aber die Privatunternehmer keineswegs von der moralischen Verantwortung, die von ihnen in der Vollkraft des Lebens beschäftigten Arbeiter auch darüber hinaus im Dienst zu behalten, solange sie noch zu irgendeiner Arbeit willig und fähig sind.

Ueber den Eisenbetonbau führte auf dem Bezirkstag schlesischer Baugewerksmeister, der am 27. August in Breslau tagte, Kammermeister Schmidt-Doppeln, nach einem Bericht der „Schlesischen Volkszeitung“, folgendes aus:

„Das ansichwellende Uebergreifen des Eisenbetonbaues auf allen Gebieten des Bauwesens darf uns mit berechtigter Sorge erfüllen. Es hat den Anschein, als ob dem Eisenbeton die Zukunft geböre. Beim Anblick der Breslauer Jahrhunderthalle scheint die Befürchtung bereits zur Gewissheit geworden zu sein. Hier standen wir abseits, kein Maurer, kein Zimmermeister hat hier mitgewirkt. Wie uns bereits die Tief- und Wasserbauten verloren gingen, so gehen uns auch die Hoch- und Fabrikbauten verloren, unsere Tätigkeit beschränkt sich nur noch auf die Wohnungsbauten, die uns indessen in Amerika bereits freitig gemacht werden. Bei dieser Entwicklung geht das Handwerk zugrunde. Früher waren wir wenigstens noch die Ratgeber der Bauherren, heute sind es die Diplom-Ingenieure. Wir haben so wenig zu tun, weil uns der Einfluß fehlt. Auch die Lohnzahlungen sind zurückgegangen. In Döppeln zahlt eine Eisenbetonfirma mehr Löhne als das dortige Baugewerbe zusammengenommen. Wir sind von der Entwicklung überzumpelt worden und müssen sorgen, daß wir nicht an die Wand gedrückt werden. Hedner empfiehlt, die Eisenbetonbauweise ins Baugewerbe einzuführen.“

Auch für unsere Mitglieder dürfte das sehr beachtenswert sein.

Verteuerung der Lebenshaltung — Verringerung der Arbeitsgelegenheit, das ist das wenig erhellende Gepräge des zur Reife gehenden Sommers. Ueber die Lage im einzelnen berichtet die „Völn. Volksztg.“:

Die Lage des Arbeitsmarktes in den größeren deutschen Städten, die schon im Jahre 1912 meistens sehr ungünstig war, hat sich im laufenden Jahre noch verschlechtert. Auch die Temperatur, die im Jahre 1912 scheinbar schon den Höhepunkt erreicht hatte, droht sich neuerdings wieder zu verschärfen. Deshalb ist es von Interesse, die jetzige Lage des Arbeitsmarktes und die Höhe der Lebensmittelpreise mit den entsprechenden Zahlen des Jahres 1911 zu vergleichen, das gewissermaßen noch im Zeichen regelmäßiger Entwicklung stand. Die Standardziffer, welche für die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelverbrauches einer vierköpfigen Familie berechnet wurde, sowie die Anbrangsziffer am Arbeitsmarkte, die angibt, wie viele Arbeitsjünglinge durchschnittlich auf je 100 offene Stellen kommen, zeigte folgende Veränderung:

	Standardziffer		Anbrangsziffer	
	1911	1913	1911	1913
Königsberg	22,25	24,24	120,70	124,74
Berlin	23,67	24,63	154,33	155,17
Düsseldorf	25,63	27,03	129,51	131,30
Dresden	22,42	24,94	168,50	175,84
Kiel	22,35	24,57	216,55	257,26
Hamburg	23,43	25,09	144,38	165,63
München	24,21	25,68	110,71	166,64

Demnach sind die Unterhaltungskosten gleichzeitig mit dem Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt gestiegen. Das bedeutet eine beträchtliche Verschlechterung der Lage des Proletariats; denn der wöchentliche Lohn, der ohnehin nur in wenigen Fällen wesentlich über der Standardziffer sich hält, wird noch mehr als sonst für die nötigsten Nahrungsmittel verbraucht, so daß für Wohnung, Kleidung usw. nur ein ganz geringer Prozentsatz des Einkommens übrigbleibt. Gleichzeitig hat sich aber die Möglichkeit, dauernde Erwerbstätigkeit zu er-

halten, verringert; die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen! In ganz auffallender Weise trifft dies zu für Kiel, wo die Kosten für den Nahrungsmittelverbrauch seit dem Monat Juni 1911 in der Woche um 2,23 M. d. h. etwa 10 Proz. gestiegen sind, während sich in derselben Zeit der Andrang auf dem Arbeitsmarkt von 216,55 auf 257,26, also um 50,69, erhöht hat. Aber auch in anderen Großstädten geht mit einem Steigen der Kosten für den Lebensunterhalt Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt parallel. Besonders bemerkenswert ist dies für München, wo die Standardziffer um 1,47 M. die Anhangsziffer jedoch sogar um 55,83 zugenommen hat!

**Gegen sozialistische Organisationsdiktatur.** Seit Jahren schon wird die Desfinitivität mit den Zuständen in den Einrichtungen des Buchdruckerhandwerks befaßt. Die christlichen Arbeiter müssen immer wieder erneut Gelegenheit nehmen, auf Missstände in diesen Einrichtungen hinzuweisen und insbesondere darzutun, mit welcher Parteilichkeit — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — alle nichtsozialistischen Arbeiter hier behandelt werden. Der sozialistische Buchdruckerverband hatte seit langem seine Überlegenheit strupellos dazu benützt, sich so fest in den Tarifeinrichtungen zu verankern, daß sich alles seinem Willen beugen mußte. Niemand störte ihn dabei. Nunmehr indes beginnt die systematische Aufklärungsarbeit der christlich nationalen Arbeiterbewegung über diese Verhältnisse allmählich Früchte zu tragen. Insbesondere sehen auch mehr und mehr Vertreter der Prinzipale ein, daß es sich bei den Abwehrbestrebungen der christlichen Arbeiter nicht bloß um deren eigenes Wohl handelt, sondern um das Schicksal der Tarifgemeinschaft überhaupt. Diese Klärung der Meinungen ist insofern von größter Wichtigkeit, als der sozialistische Verband es früher stets verstanden hat, den Bestrebungen der christlichen Arbeiter damit die Störfkraft zu nehmen, daß man sie als Querschnittspunkte hinstellte, die auch von einschlägigen Prinzipalitäten mit höchstem Unmut verfolgt wurden. Auch diese Waffe ist inzwischen dem sozialistischen Verbande zu wiederholten Malen bereits mit aller Wucht aus der Hand geschlagen worden. Erst ganz neuerdings wieder wendet sich das Prinzipalsorgan, die „Zeitschrift“ (Nr. 66), mit größter Schärfe gegen den Buchdruckerverband und sagt ihm auch feinerseits das auf den Kopf zu, was ihm die christlichen Arbeiter seit langem vorwerfen, nämlich, daß er nicht tarifliche, sondern verbandsegoistische Interessen verfolge. In einem Artikel mit der bezeichnenden Überschrift „Tarifrecht oder Organisationsdiktatur“ wird dem sozialistischen Verbande vorgehalten, daß er gerade jetzt wieder einen Heiligen Beweis für „die Nachordnung tariflichen Rechts unter gewerkschaftliche Interessen, wie sie vom Verband und seinem Organe beansprucht und mit allen Mitteln angestrebt wird“, erbracht hätte. Diese Landgebung verdient weitestgehende Beachtung. Den Wortlaut der Zeitschrift wird der prinzipalische Verband gegen das Organ der Prinzipalitäten, welches er früher so oft für sich in Anspruch genommen hat, wohl kaum zu erheben wagen. Seine Kreisläufe sind eben an einem Punkte angelangt, daß ihm in Zukunft auf höhere Interessen ein gebietendes Halt zusetzen werden muß. Es ist gut, daß diese Erkenntnis auch und nach eine allgemeine wird. Denn nur im Zusammenarbeiten aller wirklichen Tarifstreube kann die verbandsvolle Tarifpolitik eine Entwicklung nehmen, die zugleich das gewerbliche und das allgemeine Interesse wehrt.

**Parteilichkeit an den Gewerkschaften.** Kahlstich der kürzlich gezeigten Massenstreikbewegungen hat sich die Meinung weiter sozialdemokratischer Parteimitglieder gegen die Gewerkschaftsführer wieder deutlich gezeigt. In einer kürzlich erschienenen Broschüre sind sehr heftige Vorwürfe gegen die Gewerkschaften gerichtet worden. Ein Gewerkschaftler sagte, wenn die Arbeiter mit dem Generalstreik so lange warten wollten, wie die Gewerkschaften ihren Gehalt beschließen wollten, denn könnten sie noch hundert Jahre warten. „So geht es nicht weiter!“ Ein anderer sagte: „Der Demoskops der Gewerkschaften ist die Geldbeschneidung.“ Ein Gewerkschaftler sagte: „Durch die Gewerkschaften ist der Geist großgezogen worden, der in der Frage zum Ausdruck kommt: Was bringt uns? Da wir Sozialisten haben die Gewerkschaften durch die Geldbeschneidung zurückgeführt.“ Es sei zu verstehen, dass hier nicht ganz aus ihrer sicheren, guten Erfahrung herausgesprochen sein wollten, denn sie würden sie eher, als das tun. Da habe kein Kahlstich, da müsse gewartet werden. Ein weiterer Parteimitglied betonte: „Die meisten Gewerkschaftsführer haben die Fähigkeit zum politischen Denken. Das sind keine Sozialdemokraten mehr, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.“ Auf einen Satz aus der Broschüre: „Der Sozialismus steigt ohne sich zum Sozialismus.“ kam die Antwort: „Ja, bei den Gewerkschaften ist das der Fall.“

So das Parteimitglied aus Berlin laut „Sozialistische Zeitschrift“ (Nr. 171, 1913). Diese Vorwürfe zeigen auch, daß der sozialdemokratische Parteimitglied aus der Gewerkschaften, der gewerkschaftlich sein muß; denn prinzipalische Gewerkschaften sind sozialistische Parteimitglieder.

**Beachtungswort?** Die sozialdemokratische Agitation hat von jeher auf den Lohn geschaut, daß die christlichen Gewerkschaften Lebensunterhalt sichern, nur eine Erscheinung seien, über die man ruhig zur Tagesordnung übergehen könne. In diesem Sinne hat der sozialdemokratische Parteimitglied seine Agitation gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung geführt. Nicht selten wird die Gelegenheit genutzt an den Parteien heranzutreten, um gegen die christlichen Organisationsstellen

zu laufen. Dafür ein charakteristisches Beispiel. Ende Juli veranstalteten die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Leipzig ein Sommerfest mit großem Tamtam. Am Vorabend des Festes brachte die „Leipziger Volkszeitung“ (171, 1913) an der Spitze des Blattes einen „Zum Gewerkschaftsfest“ überschriebenen Festartikel, der sich ausschließlich gegen die christliche Arbeiterbewegung richtete; ausgerechnet in Leipzig, dieser unbestrittenen roten Hochburg. In dem sonderbaren Festartikel wimmelt es von Schimpf- und Kraftausdrücken, wie:

„Schutztruppe des Ausbeutertums — abstoßendes Bild von Frömmel, systematischer Veranzüchtung aller Kanallentugenden — dieses lexikalischen Arbeiterparadieses — veritabile Arbeiterverblöbung — unterwürdiges, verbuchmäuertes, in all seinem Elend zufriedenes Menschenspaß — mit Orgelton und Hallelujagefang“ usw.

Wozu nun so viel Kraftverwendung gegen eine bedeutungslose, vorübergehende Erscheinung? Stolz und triumphierend schließt der Schimpfartikel mit einer Siegesfanfare: „So stehen heute die freien Gewerkschaften als Sieger da.“ Als „Sieger“ über einem angeblich bedeutungslosen Gegner! Spotten ihrer selbst und merken es nicht! Man höre nur, wie dieser „Sieg“ erstritten wurde:

„Das ist freilich nur möglich gewesen, indem die deutschen Gewerkschaften Hand in Hand gingen mit der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Verhältnis zur Partei ist in den letzten Jahren noch enger und stärker geworden, und die kommenden Kämpfe würden es ohne Frage noch mehr kräftigen. Und wenn morgen, wie alljährlich, Leipzigs gewerkschaftlich organisiertes Proletariat sein Fest der Arbeit feiert, so ist das zugleich ein Fest der Partei. Beide entstammen der gleichen Wurzel, beide haben die gleichen Gegner und beiden leuchtet das gleiche Ziel.“

Das letztere ist die Wahrheit, wenn sie auch von den freigewerkschaftlichen Neutralitätsheuchlern verleugnet wird. Mit dem „Sieg“ der freien über die christlichen Gewerkschaften aber soll es noch gute Wege haben.

**Landbevölkerung und Sozialdemokratie.** Die Sozialdemokratie macht trampfaste Anstrengungen, unter der ländlichen Bevölkerung festen Fuß zu fassen. Sie sucht das in der Hauptsache durch gewerkschaftliche Demoskops. Der sozialdemokratische Landarbeiterverband, der in besonders nachdrücklicher Weise von Partei und Gewerkschaften unterstützt wird, hat tatsächlich auch schon größere Fortschritte aufzuweisen. Er zählte am letzten Jahresabschluss in 508 Ortsgruppen 18 157 Mitglieder gegen 15 696 im Vorjahr. Die Gesamteinnahmen beliefen sich im letzten Jahre auf 84 168 M., die Ausgaben auf 80 793 M. Das Verbandsorgan, „Der Landarbeiter“, führt eine sehr radikale, zum Teil direkt rote Sprache. In Nr. 8, 1913, ist folgendes zu lesen:

„Das Sauberkeitsbedürfnis der Frau soll sich aber nicht darauf beschränken, sich alle Sonntage einmal notwendig den Hals zu waschen und die Hände nur an hohen Fest- und Feiertagen, sondern der wirklich saubere Mensch ist wochenlang ebenso reinlich wie wenn er zur Hochzeit geht. Gerade auf dem Lande ist leider der Gang zur Unsauberkeit so verbreitet, daß man denjenigen nicht völlig unrecht geben kann, die die Landbevölkerung glattweg als Schweine bezeichnen.“

„Der rote Landarbeiterverband“, bemerkt hierzu „Die Sauberschau“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Forst-, Land- und Weinbergarbeiter, „muß seine Mitglieder am besten kennen. Das gibt ihm aber noch nicht das Recht, danach die gesamte Landbevölkerung einzuschätzen. Es ist doch ein starkes Stück, wenn das rote Blatt die Landbevölkerung, besonders die Frauen, — der Artikel behandelt „die Gesundheitspflege der Frau“, — so glattweg als „Schweine“ bespöttelt. Das ist einfach eine unverschämte Beleidigung aller ländlichen Arbeiter und deren Frauen, die sich die Saubere merken sollten für den Fall, daß gelegentlich ein Agitator des roten Landarbeiterverbandes um ihre Mitgliedschaft wirbt.“

Der sozialdemokratischen Wählarbeit unter der Landbevölkerung muß positive Arbeit im christlich-nationalen Sinne entgegengestellt werden. Die Arbeit der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter (Hauptstelle Essen-Ruhr, Heinestr. 40), der allen ländlichen Arbeitern Schutz und Hilfe im Wirtschaftsleben gewährt, unter Beibehaltung ihrer religiösen und vaterländischen Gesinnung.

**Ein sozialistischer Dremderstreik?** In diesem Monat findet in Bern, wie wir schon mitgeteilt haben, eine internationale Arbeiterkongresskonferenz statt. Es sind besonders zwei Fragen, über die eine internationale Einigung versucht werden soll: die Festsetzung einer täglichen Arbeitsdauer von höchstens zehn Stunden für Frauen und jugendliche Arbeiter und das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter bis zu 18 Jahren. Die erste Frage ist in Deutschland bereits teilweise geregelt. In der zweiten bringt eine offiziös (heißend) bekante Korrespondenz die folgenden Auslassungen:

„Das es möglich sein wird, über ein solches Verbot in Bern zu einem internationalen Abkommen zu gelangen, darf bezweifelt werden. Deutschland wird jedenfalls nicht in der Lage sein, eine Forderung für die Erweiterung seiner Gesetzgebung in dieser Beziehung zu machen. Hierbei ist folgendes zu berücksichtigen: Der Gehalt der Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahre ist in Deutschland am weitesten von allen Staaten durchgesetzt. Die Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten. Die Arbeitsstunden dürfen nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht über 8 Uhr abends dauern. Regelmäßige Pausen sind vorgeschrieben und ebenso eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens

11 Stunden nach Beendigung der Arbeitszeit. Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, wenn sie Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigen, bei der Einrichtung der Betriebsstätte und bei der Regelung des Betriebes diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind. Vorschriften über diese besonderen Rücksichten kann der Bundesrat erlassen. Und schließlich ist der Bundesrat ermächtigt, die Verwendung von jugendlichen Arbeitern für gewisse Erwerbszweige, die mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. Durch alle diese Bestimmungen ist die Möglichkeit geboten, die gewerbliche Arbeit jugendlicher überall da auszuschließen, wo eine gesundheitliche Schädigung in Frage kommen kann. Es kommt weiter hinzu, daß vom medizinischen Standpunkt aus die Notwendigkeit der Festsetzung der Schutzfrist bis zum 18. Lebensjahre bisher nicht nachgewiesen ist. Aus diesen Gründen dürfte Deutschland bei der Konferenz in Bern eine Erweiterung seiner Gesetzgebung zugesagen nicht in der Lage sein. Zwar haben einige Staaten ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre; dieses Verbot ist aber meistens durch zahlreiche Ausnahmen eingeschränkt, daß es nahezu illusorisch ist. Deutschlands Standpunkt wird übrigens, dem Vernehmen nach, auch von mehreren anderen Staaten geteilt.“

Abgesehen davon, daß die Gründe, die hier gegen eine Einschränkung der Nachtarbeit jugendlicher vorgebracht werden, völlig unhaltbar sind, eröffnen diese halbamtlichen Auslassungen nicht gerade günstige Aussichten für das fernere Tempo der deutschen Sozialpolitik.

**Konflikt im Haupttarifamt.**

Herr August Bringmann gibt auf das in voriger Nummer der „Baugewerkschaft“ bekanntgegebene Schreiben der Herren Unparteilichen in der neuesten Nummer des „Zimmerer“ folgende Erklärung ab: „Ich komme dem Wunsche der Herren Unparteilichen hiermit gern und in vollem Umfange nach und erkläre, daß auf sie der Vorwurf der Fälschung und Machenschaften in keiner Weise zutrifft; ich bedauere auch, daß mein Artikel in Nr. 30 des „Zimmerer“ die Auffassung zuließ, daß die Ausdrücke auf sie gedeutet sein sollten.“

Ferner sei bemerkt, daß ich diese Erklärung nicht bloß zu dem Zweck abgebe, nach Kräften dazu beizutragen, den bedauerlichen Konflikt beizulegen, sondern aus Überzeugung und innerem Antrieb. Meine Einblicke in die ganze Angelegenheit sind jetzt umfassender und tiefer als zur Zeit der Abfassung meines Artikels in Nr. 30 des „Zimmerer“. Diese Erklärung hätte ich ohne Verzug schon auf das erste Schreiben der Herren Unparteilichen abgegeben, wenn es nicht allgemeiner gehalten gewesen wäre als das vorstehende.

August Bringmann.

Ob sich die Herren Unparteilichen mit dieser Erklärung begnügen werden, wissen wir nicht, wir möchten es aber hoffen und wünschen. Die gegen uns erhobenen Verdächtigungen nimmt Herr Bringmann nicht zurück.

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Gesperri fab: Wilhelm-Ruhr (Sperrt über die Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtzahlung des Tarifs). Gelsenkirchen (Bliesenleger) (Sperrt über die Firma Hinnebeck & Co). Bittburg, Eifel (Sperrt über die Firmen Garson jr. und sen. wegen Mahregelung). Ibbendüren (Sperrt über den Bauunternehmer Buhmann wegen Nichtzahlung des Tarifvertrages). Düsseldorf (Sperrt über die Firmen Peters, Köhler und Vanden in Urdenbach wegen Nichtzahlung der erhöhten tariflichen Lohnsätze). Wendorf (Sperrt über die Rheinischen Chamotte- und Dinaswerke Banabteilung Wendorf). Hamm i. W. (Sperrt über das Studegeschäft Heinrich Wilseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Rarburg (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Caternberg (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrt über die Firma Heinrich Bullmann). Eppspringe (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Hemer bei Iserlohn (Streik d. M. u. B. wegen Nichtanerkennung des Vertrages). Neunkirch (Schwarzwalde) (Streik der Zimmerer). Steele (Sperrt über die Firma Fr. Flud wegen Nichtzahlung des Tarifvertrages und Mahregelung). Großesilgen (Sperrt über die Firmen Jos. Grupp, Karl Blank, Paul Grupp, Jos. Haas, Jos. Singer, Jos. Staiber). Gleiwitz (Sperrt über das Baugeschäft Härtel wegen Nichtzahlung des Tariflohnes). Heiligenstadt (Eichfeld) (Sperrt über die Firma Jung aus Geisleden wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Rheinhdt (Sperrt über die Baugeschäfte Heinrich Strater und Fr. Fischer). Krefeld (Sperrt über das Studegeschäft Mayer & Loten). Saffig (Sperrt über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Elm (wegen Lohnindifferenzen ist die Baustelle der „Athenania“ Delwerke in Ronheim gesperrt). Weiskerode a. Harz (Streik bei den Firmen Beckmeier, Wendt und Watteroth). Rheinhdt (Sperrt über das Baugeschäft Gebr. Schäfer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Düsseldorf (Streik der Dachbeder). Ludan N.-L. (Sperrt über die Firma Wrose wegen Nichtzahlung des Tarifs). Bezug ist ferngehalten.

**Für nach Bremen reisende Kollegen!** Es ist wiederholt vorgekommen, daß zureisende Verbandskollegen ihre Anmeldung nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht vollzogen. Entweder sie gehen ihrer Mitgliedschaft verlustig oder drücken sich an den Arb-

haben Beiträgen vorbehalten, die höher sind als in den Orten, wo die Kollegen beheimatet sind. (Siehe § 21 des Statuts, Absatz 2.) Bei der Ummeldung erfährt der Vorstand für gewöhnlich auch die Arbeitsstelle der Kollegen. Dieser ist dann bei Ausbruch von Differenzen in der Lage, zeitig einzugreifen, bevor Tarifverstöße begangen werden. Dasselbe gilt auch für Montagearbeiten. Fortan wollen zureichende Kollegen sich sofort an nachstehende Adressen wenden:

Vors.: H. Sauerborn, Bremen, Bachstr. 129,  
 Kass.: Ant. Seilmold, Bremen, Brandstr. 77.

**Bezirk Bochum.**

**Sterkrade.** Bisher war unsere Stadt die einzige im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo im Baugewerbe kein Tarifvertrag bestand. Die Bauarbeiter standen fast restlos jahrelang der Organisation gleichgültig gegenüber. Die Folgen dieser Interesslosigkeit waren, daß die Löhne durchschnittlich 5-7 Pf. pro Stunde niedriger waren, als in den angrenzenden Orten. Es werden heute noch solche von 54 Pf. gezahlt. In diesem Frühjahr waren noch Löhne für Maurer von 52 Pf. zu verzeichnen. An einer Baustelle trat der Unterschied so recht zutage. An der fraglichen Baustelle waren ein auswärtiger und ein Sterkrader Unternehmer zur gleichen Zeit beschäftigt, der fremde Unternehmer zahlte einen Lohn von 61 Pf. und der Sterkrader von 52 Pf. pro Stunde. Unter diesen Umständen sahen die Sterkrader Bauarbeiter ein, welchen Nutzen die Organisation für die Arbeiter hat, und schlossen sie sich zu einem großen Teil unserem Verbands an. Es soll nun auch hier der Versuch gemacht werden, ein Vertragsverhältnis zu schaffen, und die Bestimmungen, wie sie der Hauptvertrag für Oberhausen vorsieht, auch in Sterkrade zur Anerkennung zu bringen. Die Forderungen sind den Unternehmern zugestellt, mit dem Ersuchen, uns bis zum 1. September eine Antwort zugehen zu lassen. Ob sie dem nachkommen, ist sehr fraglich. Sie werden auch jetzt noch mit der alten Gleichgültigkeit der Sterkrader Bauarbeiter rechnen. Ob sie damit durchkommen, liegt bei den Kollegen selbst. Die Unternehmer haben in der letzten Zeit einige Pfennige zugelegt, um die Kollegen von der Organisation fernzuhalten. Kollegen, laßt euch damit nicht ködern. Ohne Vertrag gehen auch diese sicher wieder verloren. Zeigt, daß ihr die alte Gleichgültigkeit abgeworfen habt, arbeitet unermüdet an dem Ausbau der Organisation. Auch der letzte Bauarbeiter muß Mitglied des Verbandes christlicher Bauarbeiter werden, nur dann können wir unserer Forderung den nötigen Nachdruck verschaffen.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes betreffend Militärunterstützung.**

Auf Grund des § 30 des Verbandsstatuts erhalten die zu mehrjährigem Militärdienst eingezogenen Verbandsmitglieder zu Weihnachten des zweiten Dienstjahres und nach erfolgter Entlassung aus dem aktiven Dienstverhältnis je eine Unterstützung von 2-6 M., insgesamt von 6-12 M.

Vorbedingungen für den Bezug dieser Unterstützung sind: 1. eine Mindestmitgliedsdauer von einem Jahr, 2. Zahlung der Beiträge bis zum Eintritt in das Militärverhältnis, 3. Einsendung des Mitgliedsbuches resp. der Karte an den Zentralvorstand.

Die Verbandsmitglieder, welche diesen Herbst zum Militär eingezogen werden und bei denen die beiden ersten Vorbedingungen erfüllt sind, werden ersucht, ihre Mitgliedsausweise (Buch oder Karte) sofort nach erfolgter Abmeldung bei ihrem Verwaltungs- resp. Zahlstellenvorstande an den Zentralvorstand unter Angabe ihrer Adresse einzusenden. Die Mitgliedsausweise werden während der Militärzeit im Zentralbureau des Verbandes aufbewahrt; über die erfolgte Einsendung erhalten die Mitglieder eine Bescheinigung.

Unterstützungsberechtigte Mitglieder, welche diesen Herbst eingezogen werden und die hier bekanntgegebenen Bedingungen erfüllen, erhalten zu Weihnachten 1914 die erste Unterstützungsrate, falls sie kurz vorher dem Zentralvorstand ihre vollständige Adresse (auch Vorname) sowie die Nummer der bei Hinterlegung des Mitgliedsbuches erhaltenen Bescheinigung mitteilen. Mitgliedern, die diese Bedingungen nicht erfüllen, kann die Militärunterstützung nicht gewährt werden. Die Uebersendung der ersten Rate der Unterstützung seitens der Zentralkasse erfolgt nur nach dem Garnisonort des Mitgliedes.

Mitglieder, die in diesem Herbst zur Entlassung kommen, erhalten die Hälfte (zweite Rate) der Militärunterstützung, wenn sie sich innerhalb vier Wochen in einer Zahl- oder Verwaltungsstelle als Mitglieder

anmelden. Sie müssen jedoch vor dem Eintritt beim Militär mindestens ein Jahr dem Verbands angehört und ihre Beiträge bis zum Eintritt beim Militär bezahlt haben.

Die Verwaltungsstellen haben die bei der Hinterlegung des Mitgliedsbuches seitens der Zentrale ausgehändigte Bescheinigung, unter Angabe des Entlassungstages, an den Hauptvorstand einzusenden, worauf dann die Uebersendung des Mitgliedsbuches sowie der Anweisung zur Zahlung der Unterstützung erfolgt. Eine Uebersendung der zweiten Rate der Militärunterstützung seitens der Zentralkasse an die Mitglieder selbst erfolgt nicht.

**Der Zentralvorstand.**

S. A.: Jos. Wiedeborg.

**Achtung, Rekruten!** Unsere Kollegen, die demnächst zum Militär einrücken müssen, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die Invaliden-Quittungskarten nach dem Invalidenversicherungsgezet nur eine Gültigkeitsdauer von zwei Jahren, vom Tage der Ausstellung der Karten an gerechnet, haben. Wird die Karte innerhalb dieser Zeit der Polizeibehörde zum Umtausch oder zur Verlängerung nicht vorgelegt, so verliert sie nach dem Gezet ihre Gültigkeit. Um sich vor Schaden zu schützen, mögen die beim Militär eintretenden Kollegen vorstehendes beachten.

**Verbandsnachrichten.**

**Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 7. September, der achtundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.**

**Bekanntmachung der Verwaltungsstellen Rattowik und Berthel.** Für Sonntag, den 9. November, morgens 10 Uhr, laden wir die Zahlstellen ein zu einer Verwaltungsstellenkonferenz nach Rattowik. Das Tagungslokal wird noch bekanntgegeben. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, a) des Vorsitzenden: Der Stand der Bewegung; b) der Kassierer: Unsere Kassenverhältnisse; 2. Die Reorganisation unseres Verbandes im Industriegebiet (Ref. Kollege Ehrhardt); 3. Wahl eines Sozialbeamten. Zahlstellen bis zu hundert Mitglieder wählen einen Delegierten; für jedes angefangene 100 Mitglieder wird noch ein Delegierter hinzugewählt. Der Vorstand: S. A.: Fr. Ehrhardt.

**Gusfirchen.** In der am 23. August hier stattgefundenen Versammlung hielt uns Kollege Lange einen Vortrag über die Bedeutung des großen Tarifabschlusses im deutschen Baugewerbe für unser Tarifverhältnis in Gusfirchen. Es wurde beschlossen, auf Sonntag, den 7. September, nachmittags 5 1/4 Uhr, bei Feuerlein eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, um zu bringenden Fragen Stellung zu nehmen. Weiter wurde beschlossen, bekanntzugeben, daß diejenigen Mitglieder, die in Orten wohnen, wo kein Vertrauensmann ist, die Marken bei folgenden Kollegen haben können: Anton Kurth, Gusfirchen; Distenicher, Dorwall 57; Peter Vormagen, Gusfirchen; Münster, Eijeler Str. 31; Wilhelm Fußender, Gusfirchen, Frauenberger Str. 74, und beim Kassierer Paul Welden, Gusfirchen. Die Mitglieder wurden angewiesen, dafür zu sorgen, daß die außerordentliche Versammlung einen starken Besuch aufweist.

**Hamn.** Am 24. August fand die Ausschüttung unserer Verwaltungsstelle statt. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Hamn, Warden und Herbern. Vor Eintritt wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Gerh. Langenberg gelehrt. Der Kassenbericht, welcher vom Kollegen Bücher erstattet wurde, verzeichnete für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von 4757,75 Mark. Die Ausgabe setzt sich zusammen: Krankenunterstützung 267,45 M., Sterbeunterstützung 56 M., für Vohnbewegung 12,95 M. In bar an die Hauptkasse gesandt 4421,35 M. Die Einnahme der Verwaltungsstelle betrug 5907,54 M. Die Ausgabe 2025,85 M. Kassenbestand 3881,69 M. Im Bericht wurde die große Zahl der rückständigen Wochenbeiträge, besonders in der Zahlstelle Herbern getadelt und bedauert, daß die dortigen Kollegen so leichtsinnig ihre erworbenen Rechte preisgaben, und ihre Berufsinteressen vollständig vernachlässigten. Es müsse vor Quartalschluß darauf gedrungen werden, daß die rückständigen Beiträge gezahlt werden, damit die Abrechnung pünktlicher vorgenommen werden kann. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Darauf hielt Kollege Bücher einen Vortrag über die bevorstehenden Wahlen zu den Krankenkassen, auf deren Wichtigkeit er hinwies. Die überall eingeführte Verhältniswahl beschaffe nunmehr auch der christlichen Arbeiterschaft die Möglichkeit, Einfluß zu erhalten, wenn die Kollegen sich nur vollständig an den Wahlen beteiligen. Nach einer regen Diskussion fand der Punkt Bauarbeiter-schutz Besprechung und wurde auf die Hauptpolizeiverordnung für den Regierungsbezirk Münster hingewiesen, die für alle Orte im genannten Bezirk Geltung habe. Die Kollegen sollten nun auf Grund dieser Verordnung die Mißstände beseitigen. Sofortige Meldung aller Mißstände an die Geschäftsstelle sei Pflicht eines jeden Kollegen, damit Leben und Gesundheit der Kollegen geschützt werden. Darauf fand die Diskussion über die auf Grund der eingetretenen Lohnerhöhung pflichtgemäße

Beitragsverhöhung statt. Hervorgehoben wurde, daß die Beitragsverhöhung vom Beginn des 3. Quartals ein-treten mußte. Es wurde, der Einseitigkeit wegen, beschlossen, daß vom 1. Oktober an überall die Beitrags-erhöhung von 5 Pf. eintreten solle. Wer nach dem 1. Oktober mit seinen Beiträgen zurückgeblieben ist, hat die rückständigen Marken mit der erhöhten Beitrags-marke nachzuliefern. Die Kassierer müssen mit dem 3. Quartalschluß alle Beitragsmarken einsenden und dann die erhöhte Beitragsmarke in Vertrieb nehmen. In der Diskussion, ob in Zukunft die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung nach Bezirken oder nach geschlossenen Verwaltungsstellenbezirken getätigt werden sollen, war man einseitig der Ansicht, daß die Delegation nach Bezirken nach Lage der Verhältnisse nicht befriedigend und es besser sei, wenn die sämtlichen Bezirke einer Verwaltungsstelle zusammen durch einen Delegierten vertreten seien. Die einzelnen Bezirke sollten in der nächsten Versammlung die Frage erneut besprechen, und ihre Entscheidung entweder der Geschäftsstelle oder dem Zentralvorstand mitteilen. Nachdem noch auf die mangelhafte Handhabung des Baudelegiertenwesens hingewiesen und die Durchführung des Tarifes als Pflicht jedes einzelnen Kollegen bezeichnet wurde, damit auch der errungene Erfolg den Kollegen zugute komme, schloß der Vorsitzende, Kollege Hint, die Versammlung.

**Kemscheid.** Montag, den 17. August, fand in Kemscheid unsere Verwaltungsstellenkonferenz statt, welche ein erhellendes Bild zeigte. Vertreten waren die Delegierten der Zahlstellen Kemscheid, Maurer und Hiltz-arbeiter, Kemscheid, Zimmerer, Kemscheid, Stukkateure, Lemmer, Wermelskirchen, Güdeswagen, Wipperfürth, Waldbrohl, Lütringhausen. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Kadevornwald und Kumbrecht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Delegierten, 2. Bericht der Verwaltungsstelle, 3. Kassenwesen, 4. Bescheidenes. Kollege Fuchs berichtete von der Zahlstelle Kemscheid, daß wir einen guten Schritt vorwärts gekommen seien, es herrsche im allgemeinen reges Leben, nur der Versammlungsbefuch lasse zu wünschen übrig. Kollege Schulz, Lütringhausen, berichtete über das rege Leben in der neuen Zahlstelle, welche im Juni gegründet worden sei und jetzt 15 Mitglieder zähle. Für Lemmer berichtete Kollege Braß, daß die freien Dachdecker bei der Firma Bohmann mit ungläublichen Mitteln gegen die zu uns übergetretenen Dachdecker arbeiteten. Man habe an der Arbeitsstelle eine Marienstatue mit einem daran befestigten Weihwassergefäß, worin man Wasser gegossen hatte, angehängt, darüber habe man das Bildnis von Papst Leo XIII. genagelt. An das Spind habe man einen Helm gemalt und darunter ein Kreuz gemacht usw. Die Ausführungen Braß riefen starke Erbitterung hervor. Kollege Wergenthal wurde beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen. Kollege Weller (Waldbrohl) berichtete, daß die im Juni mit acht Kollegen gegründete Zahlstelle jetzt 26 Mitglieder zähle. Das Schreiben, welches den Arbeitgebern zugesandt worden sei, bezüglich einer Lohnerhöhung, habe geirrt, nur einer der dortigen Arbeitgeber habe geglaubt, sich den bestehenden Forderungen der Arbeiter widersetzen zu müssen. Kollege Meuser (Stukkateur) berichtet, daß die schlechte Konjunktur dazu beigetragen habe, daß die Zahlstelle der Stukkateure zurückgegangen sei, ist aber der Meinung, im Laufe des Herbstes die alte Stärke wieder zu erreichen. An der Aussprache beteiligten sich noch Braum und Stamm (Güdeswagen), Schäfer, Wermelskirchen, Böcher, Wipperfürth. Kollege Wergenthal gab den Bericht der Verwaltungsstelle. 105 Neuaufnahmen seien bis jetzt zu verzeichnen, dazu kämen noch die Zahlstellen Waldbrohl mit 26 und Güdeswagen mit 15 Mitglieder, auch Wipperfürth habe noch einige gewonnen, so daß die Gesamtzahl der Neuaufnahmen 154 betrage. Die Einnahmen vom 1. und 2. Quartal betragen 3228 M. An Krankenunterstützungen seien gezahlt 90,05 M. In Bar sind an die Zentrale gesandt 2626,25 M. Die Einnahmen der Verwaltungsstellen-kasse betragen mit dem Bestand von 1912 1901,51 M., die Ausgaben 1134,04 M., mithin sei ein Bestand von 767,47 M. vorhanden. Am Schluß des 2. Quartals seien 401 Mitglieder zu verzeichnen, dazu kämen noch zwei neue Zahlstellen, welche in der Abrechnung vom 2. Quartal noch nicht einbezogen seien. Der augen-blickliche Mitgliederbestand sei 442. Kollege Wergenthal berichtete weiter über seine Tätigkeit und meinte, hätten wir auch einen guten Schritt im ersten Halbjahr vorwärts getan, so dürften wir im Agitationszeifer doch nicht erlahmen. Das Agitationsfeld sei noch groß und wenn Vorstand und Vertrauensleute mit den Mitgliedern Hand in Hand arbeiten, wären weitere Erfolge sicher. Nachdem das Kassenwesen noch näher besprochen und die Zahlstellenkassierer auf das öftere Abstreifen des Geldes hingewiesen waren, fand noch eine rege Aussprache statt. Bezirksleiter, Kollege Lange, besprach den Stand der Vohnbewegung im Stuckgewerbe, wies hin auf den Konflikt im Haupttarifamt, welcher durch einen Artikel im „Zimmerer“ veranlaßt worden sei, und streifte weiter die Wichtigkeit der Konferenz am 24. August in Oberfeld. Der Vorsitzende, Kollege Hölger, mahnte zum Schluß zur fleißigen Mitarbeit und schloß mit einem „Auf Wiedersehen“ die anregend verlaufene Tagung.

**Warum der Gutenberg-Bund nicht mehr Mitglieder hat.**

Ueber die Schwierigkeiten, mit denen der Gutenberg-Bund zu kämpfen hat, sind nur wenige genau orientiert. In einem Artikel unter obiger Ueberschrift schildert „Typograph“ (Nr. 23, 30. Mai) all die Kämpfe, die der Gutenberg-Bund seit seiner Gründung mit dem „freien“ Buchdruckerverbände geführt und welche Schwierigkeiten ihm die Tarifkämpfe und selbst Prinzipal-

gemacht. Der „Typograph“ schildert die einzelnen Tarifabschlüsse 1896, 1901, 1906, 1911, besonders den Abschluß des Monopolvertrags. All diese Dinge lassen es begreiflich erscheinen, daß der Güttenberg-Bund nicht die Fortschritte erzielte wie der sozialdemokratische Verband. U. a. werden in dem Artikel auch folgende Gründe für die ungleichmäßige Entwicklung der beiden Organisationen angegeben:

„Sämtliche tarifliche Institutionen (Arbeitsnachweis, Schiedsgericht, Tarifamt, Tarifausschuß) sind auf Geheißenseite von Verbandsmitgliedern besetzt. Wird ein Verbandsmitglied tarifunrein oder Streikbrecher, leicht wird es wieder tarifrein, Güttenberg-Bündler ließ man ein halbes Jahr warten und erklärte ihnen: „Es liegt ja in Ihrer Hand, wieder tarifrein zu werden“, und man gab den Mal, den Güttenberg-Bund zu verleumden und eventuell dem Verband beizutreten (Schiffenvertreter Fischer, Stettin). — Da wird ein Gäuborsteher in einem Vertriebe vorstellig und droht, falls die Güttenberg-Bündler nicht entlassen werden, wird die Arbeit niedergelegt. Die Güttenberg-Bündler werden entlassen und reichen Klage ein. Der Tarifstand ist wohl festgestellt, aber der Herr Gäuborsteher, der Angeklagter und Richter in gleicher Person ist, hilft sich freisprechen (Engelsbrecht, Leipzig). — Beim Kreisamt wird von Verbandsseite Beschwerde gegen den Güttenberg-Bund erhoben. Sofort wird das Justizministerium eingeschaltet. Der Güttenberg-Bund erhebt mit Tarifachen belegte Beschwerde gegen den Verband. Dasselbe Kreisamt antwortet, wir sind „außerstande, die vorgebrachten Behauptungen auf ihre tatsächliche Wahrheit zu untersuchen“ (Kreisamt XI). — Sozialdemokratische Betriebe stellen nur Verbandsmitglieder ein, niemand rührt sich. Ein Zentralblatt stellt neben einer Anzahl Verbandsmitglieder auch zwei Güttenberg-Bündler ein. Sofort wird Klage erhoben und die Firma verurteilt, die eingestellten Mitglieder des Güttenberg-Bundes zu entlassen und den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen („Echo vom Niederrhein“ u. a.). — Der Güttenberg-Bund gründet eine Schlichtungsabteilung und hat bereits etwa 400 Mitglieder dafür gewonnen. Sofort arbeiten die tariflichen Instanzen, und dem Güttenberg-Bund wird aufgegeben, diese Schlichtungsabteilung aufzulösen. Der Verband hält dagegen folgende Zusammenkünfte mit Schlichtungen und ihren Eltern ab, läßt sie zu seinen Gunsten ein, stellt ihnen den Korrespondent zu usw. („Typ.“ Nr. 13, 1913, „Die Kommenden“). Niemand rührt sich, dem Verband ein Halt zu machen. — Da hat ein Güttenberg-Bündler eine Klage vor dem Schiedsgericht gehabt. Er klagt um Festsetzung des Urteils. Er erhält eine Karte, auf das Verhandlungsamt zu kommen, um das Urteil dort einzusehen (Leipzig). — Ein Kollege ist tarifunrein. Er beantragt beim Schiedsgericht seine Tarifverpflichtung. Prompt erhält er Einladung vom Verhandlungsamt, wo man ihn für den Verband zu bearbeiten versucht (Leipzig). — Sehen Güttenberg-Bündler in einer Drucker, in der es in tariflicher Beziehung nicht ganz stimmt, sofort ist Schlichtungsvermittler und Tarifamt da, und die Güttenberg-Bündler müssen die Konsequenzen ziehen. Sind dann Verbandsmitglieder in dieselbe Drucker eingeschrieben, dann ist alles gut, es dürfen sogar mit Genehmigung des Tarifamts Bücher an der Schlichtungsstelle besichtigt werden (Hauptstadt, Königsbrunn). — Ein Mitglied des Güttenberg-Bundes klagt am Schiedsgericht ein, wird ihm mit Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft gedroht. Ist ein Verbandsmitglied dabei, dann hat es in gutem Glauben gehandelt, und man nimmt Rücksicht auf seine Notlage („Typ.“ Nr. 9, 1913: „Das sagt das Tarifamt im Interesse der Wahrheit“). — Verbandsmitglieder resp. Gäuborsteher können in ihrer Eigenschaft als Schlichtungsvermittler jederzeit Klage beim Tarifamt und Tarifausschuß stellen. Seltener der Güttenberg-Bund klagt, weiß man sie zurück, und es nicht zurückgefordert sei. Er ist somit gezwungen, eine Klage einzubringen. — Nehmen wir die Häften für die Drucker vom Kreis V (Bayern) und Kreis VIII (Sachsen) zur Hand, so haben wir den Verband, seine Beamten, sein Organ, seine Tarifverhältnisse aufzuheben, den Güttenberg-Bund nicht man vergebens. — In der Drucker (München), wird der Korrespondent gehalten, die Geschichte des Verbandes verteilt, so gut die Bedingungen gegeben, die ein Thema über den sozialdemokratischen Verband und seine Organisationen behandelte. In manchen anderen Druckerstellen ist es nicht viel anders.“

Der „Typograph“ sagt mit Recht: „Lambert man sich rasch ab, daß der sozialdemokratische Verband diesen Aufstieg nicht, der Güttenberg-Bund dagegen nicht rasch macht.“

Mit Befriedigung konstatiert der „Typograph“, daß es nicht geworden ist:

„Es ist die Situation eine andere. Wir haben folgende Kollegen, die den Dingen nachgehen, und zwar mit Erfolg; die Preise aller Richtungen liegt uns nicht ungenügend gegenüber, was die Bestreitung unserer Verhältnisse betrifft; bei einem Teil der Prinzipale hat sich eine Wandlung vollzogen, die den Verband mit Recht und Recht erfüllt; neue Kreise (Jugend, Sozialist) werden heute ganz anders über die Verhältnisse im Reich informiert; durch den Anstoß an die Arbeiterbewegung der gewöhnlichen Gewerkschaften steht es in diesem Sinne zu die Gleichberechtigung der gewöhnlichen Arbeiterbewegung per Seite. Das ist das Ziel gewesen, was auch noch nicht erreicht. Die vielen Verbandsmitglieder beginnt es zu kümmern, die Bewegung nicht für die Verhältnisse der Mitglieder. Das ist das Ziel gewesen, was auch noch nicht erreicht. Die vielen Verbandsmitglieder beginnt es zu kümmern, die Bewegung nicht für die Verhältnisse der Mitglieder.“

### Aus Arbeitgeberverbänden.

#### Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin

erörtert in seinem Geschäftsbericht für 1912 auch die Bewährung der Tarifverträge. Es heißt da: „Die Tarifverträge haben sich, wie in den früheren Jahren, im großen und ganzen gut bewährt. Größere Vertragsverletzungen sind nicht zu verzeichnen. Bei der außerordentlichen Arbeitslosigkeit ist es zweifellos nicht selten vorgekommen, daß sich Arbeitnehmer zu niedrigeren als den Tariflöhnen angeboten haben. Es ist ein gutes Zeichen dafür, wie die Vertragsbestimmungen in Fleisch und Blut übergegangen sind, daß uns sehr wenige Beschwerden über Nichtinnehaltung der Lohnsätze zu Ohren gekommen sind. Der hohe soziale Wert der Tarifverträge kam in dieser langandauernden Periode schlechter Konjunktur klar zutage. Ohne Verträge wäre der Lohn bedeutend gesunken und die Arbeitnehmer hätten neben einer empfindlichen Arbeitslosigkeit auch noch eine schlechtere Bezahlung ihrer Arbeitskraft in den Kauf nehmen müssen. Die in einem so umfangreichen Vertragsgebiete unausbleiblichen Streitigkeiten wurden bei beiderseitigem guten Willen ohne große Mühe beigelegt. Es haben 50 Unterkommissionen zur Untersuchung von Streitfällen auf den Bauten stattgefunden, die Schlichtungskommissionen hielten 11 Sitzungen ab, die letzte Instanz, das Einigungsamt, wurde in diesem Jahre zur Entscheidung von Tarifstreitigkeiten nicht angerufen. Wir sehen in den Tarifverträgen nicht das allein festmachende Mittel. Sei dem immer wieder betonten Charakter der Gewerkschaften als Klassenkampforganisationen sind sie eher als Waffenstillstand denn als Friedensinstrumente anzusehen. Ganz gleich jedoch, für das Baugewerbe haben sie große Bedeutung erlangt, eine Bedeutung, die von der Reichsregierung erkannt und entsprechend gewürdigt wird. Verschiedene Neuerungen ihrer berufenen Vertreter bezogen, daß das Tarifvertragswesen nach Möglichkeit gefördert werden soll. Mit dieser Anschauung ist nicht zu vereinbaren, daß das höchste Hauptzollamt neuerdings auf Grund der Tarifstelle 57 des preussischen Stempelsteuergesetzes die Versteigerung von Schiedsclauseln und Schiedsprüchen verlangt. Die Gebühren betragen für die Hauptausfertigung 10 M und für die Nebenausfertigung 3 M. Eine derartige Einrichtung zur Erhaltung des sozialen Friedens, die zum Wohle ganzer Gewerke und der in ihnen beschäftigten Arbeitnehmer geschaffen wurde, ist kein Objekt, aus dem der Fiskus Abgaben ziehen sollte, denn auch ihm kommt ihre Tätigkeit indirekt zugute. Gar wunderbar ist es aber, daß für den Stempel diejenigen Personen haften sollen, welche den Schiedspruch zustande gebracht haben, vorausgesetzt, daß die Parteien nicht bezahlet. Will man das den Räumern, die Zeit und Kosten so mühseliger Arbeit im Ehrenamt darbringen, zumuten? Das würde in der Tat bedeuten, den ideo Sachbeteiligten über Geist und Zweck des Gesetzes zu stellen. Der Verband hat beschloßen, gegen die Entscheidung der Behörde bei dem Finanzministerium vorzugehen. Außer mit den Maurern, Zimmerern, Bauhilfsarbeitern und Betonarbeitern bestanden noch Tarifverträge mit der freien Vereinigung der Putzer. Diese Schmachungen regeln das Kolonnenaffordereien, in dem Hauptarbeiten übernommen zu werden pflegen. Sie sehen auch für diese Art Affordereien die neunzehnjährige Arbeitszeit fest. Die Verträge werden sehr häufig benutzt und sollen demnachst umgearbeitet werden, um sie den allerdings wenig einheitlichen Gerichtsentscheidungen über den Kolonnenaffordereien anzupassen. Ferner hat der Verband mit den beiden in Berlin bestehenden Arbeiterorganisationen Verträge abgeschlossen.“

Das klingt ganz anders, als wir es von den tariffeindlichen Kreisen gewohnt sind.

Der Bund deutscher Zimmermeister, der im Jahre 1908 gegründet wurde, trat am 17. August in Hannover zu seinem X. Bundeskongress zusammen. Etwa 150 Delegierte waren zu der Tagung erschienen. Gerhard Kappel hielt einen Vortrag über: „Anwendung der Ministerial-Erlasse und angemessener Preis“. Der Vortragende erkannte an, daß die Ministerial-Erlasse zum Submissionswesen geeignet seien, berechtigete Wünsche des Handwerks zu erfüllen, leider aber würden diese Erlasse von den nachgeordneten Behörden nicht immer beachtet. Es sei aber auch mit den Ministerial-Erlässen allein nicht gekonnt, wenn nicht gleichzeitig eine anderweitige Regelung des Bedingungsweises einträte. — In der Besprechung des Vortrages wurden dann hauptsächlich Folgendes über die Nichtbeachtung der Ministerial-Erlasse vorgetragen. Zimmermann-Kappel war der Ansicht, daß eine Reform des Submissionswesens nicht nahen könne, solange nicht die Handwerker einheitliche Kalkulationen ihren Offizien zugrunde legen. Um dieses zu erreichen, sei die Einrichtung von Bedingungsämtern bei den Handwerkskammern zu empfehlen. Von anderer Seite wurde die Forderung von Tarifämtern empfohlen, die die Preisabgabe kontrollieren und gegen ständige Unterbieter mit Selbstverpflichtungen vorgehen sollen. Als sehr wirksam für das Handwerk hat sich wie aus Stettin und anderen Städten mitgeteilt wurde, die Arbeit von Handwerkern in den städtischen Kommissionen erzielen. Das Ergebnis der Beratungen wurde zusammengefaßt in folgender Entschlieung:

„Die Handabteilung wolle dahin arbeiten und streben, die Behörden und arbeitgebenden Stellen zu veranlassen, daß durch Hinzuziehung von Sachverständigen oder Bedingungsämtern für unsere Arbeiten angemessene Preise festgelegt und nur zu solchen an möglichst anständige Meister und Vereinigungen vergeben werden.“

Es folgt dann ein Vortrag des Generalkonferenzpräsidenten über das Versicherungsverfahren für die selbständigen Handwerker mit besonderer Berücksichtigung der vom Bund geplanten Umgestaltung einer Steuerklasse, wobei er den Abschluß eines Vertrages mit einer

öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalt empfahl. Den Vorsitzende teilte dazu mit, daß über die Steuerklasse noch weitere Erörterungen im Verwaltungsrate gepflogen werden sollen. Eine Debatte knüpfte sich an den Vortrag nicht.

Der Vorsitzende berichtete über die geplante Brandprobe, die zur Förderung der Holzbauteile dienen soll. Er wendete sich scharf gegen die fortgesetzten Bestrebungen zur Ausschaltung der Holzkonstruktion und äußerte die Überzeugung, daß die Holzbauteile ihren wohlberechtigten Platz an der Sonne doch behalten werde, dank ihrer vorteilhafteren Verwendungsmöglichkeit und auch dank ihrer größeren Widerstandsfähigkeit bei Bränden. Der Zustandstellung des Zimmerhandwerks auf der Leipziger Bauausstellung müsse wirksam entgegen gearbeitet werden. Die in Aussicht genommene Brandprobe, deren Termin in immer greifbarer Nähe komme, da sich der angesammelte Fonds bereits auf annähernd 10 000 M befinde, werde die Aufklärungsarbeit des Bundes ungewissermaßen ein gutes Stück vorwärts bringen. Weiter teilte der Vorsitzende mit, welche Schritte der Bund durch Vorträge, Preisausstellungen usw. getan hat, um der architektonisch so wertvollen Holzbauteile weiteren Eingang zu verschaffen. Diese Ausführungen wurden durch einen Lichtbildvortrag erläutert.

„Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft.“ Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die neue Zentralorganisation der deutschen Unternehmer, hat unter dem vorstehenden Namen für die ihr angeschlossenen Mitglieder eine Streikversicherung ins Leben gerufen. Die bisherigen Abwehrmittel der Unternehmer, das solidarische Zusammengehen bei Arbeitsstreitigkeiten und die Bereitstellung starker Streikabwehrfonds, sollen sich gegenüber den „ungerechtfertigten Angriffen der Gewerkschaften“ und zur „Verteidigung der Position des Unternehmers“ als ungenügend erweisen haben. Als „notwendige Ergänzung zu diesen Hauptabwehrmitteln“ habe man deshalb eine Einrichtung schaffen müssen, „durch welche für jeden Streikfall, der den Unternehmer unverschuldeterweise trifft, eine Entschädigung gesichert wird, deren Höhe von vornherein nach bestimmten Grundsätzen festgelegt wird.“

Etwas gänzlich neues ist diese Einrichtung nicht. Es haben seither schon in den einzelnen Arbeitgeberverbänden besondere Streikentschädigungs- bzw. Streikversicherungsanstalten bestanden. Die neue Streikversicherung soll in erster Linie solchen Verbänden dienen, deren besondere Verhältnisse die Schaffung einer eigenen Streikversicherungseinrichtung nicht gestatten, und um auch Einzelbetriebe die Möglichkeit der Versicherung gegen das „Streikrisiko“ zu bieten.

Der eigentliche und Hauptzweck der neuen Versicherung dürfte indessen auf einem anderen Gebiete liegen. Es ist unverkennbar, daß man im Unternehmerlager eine Vereinheitlichung des Streikversicherungswezens anstrebt. Dazu soll die von der Zentralorganisation der Unternehmer ins Leben gerufene Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft offenbar die Plattform abgeben. Die Streikversicherungseinrichtungen der einzelnen Verbände sollen verschwinden, um einer großen, das gesamte Unternehmertum umfassenden Streikversicherung die Bahn frei zu machen. Daß man derartige Absichten hegt, geht mit ziemlicher Deutlichkeit aus den Kommentaren hervor, mit denen die den Unternehmern nahestehende Presse die Gründung der neuen Streikversicherungsgesellschaft begleitet. Es wird da den Unternehmern zu Gemüte geführt, daß ihnen im Vergleich zu den „außenstehenden Streikversicherungseinrichtungen“ die Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft deshalb eine erheblich wirkungsvollere Stütze abgebe, weil sie durch diese an die Gesamtvertretung der Arbeitgeber, die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, angeschlossen würden und ihnen so nach neben der finanziellen Deckung auch die gesamten Machtmittel der vereinigten Arbeiterkraft zur Verfügung ständen. Auch finanziell böte die Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft ihren Mitgliedern noch eine besondere Gewähr, weil das Risiko noch durch eine bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eingerichtete Rückversicherung gedeckt sei. Mit diesen und ähnlichen Argumenten sucht man den Unternehmern die neue Streikentschädigungsgesellschaft schmackhaft zu machen und sie zum Eintritt in dieselbe zu bewegen.

Wenn zum Schluß die Unternehmerpresse der Ansicht ist, daß mit der Schaffung dieser Streikversicherungseinrichtung die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „einen weiteren Schritt zur organisatorischen und solidarischen Stärkung des deutschen Unternehmertums“ getan habe, so müssen wir ihr darin beipflichten. Die Forderung, die sich daraus für die Arbeiterkraft ergibt, liegt zu nahe, als daß wir sie hier noch eigenständig angeführen brauchten.

### Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

**Tabakarbeiter-Verbandsstag.** Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 17.—19. August in Coblenz seinen fünften Verbandsstag ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes war Kollege Bergmann (Cöln) und als Vertreter des österrösischen Bruderverbandes Kollege Ulreich (Wien) erschienen. Nach dem Geschäftsbericht, der vom Kollegen Gammann erstattet wurde, wurde die Entwicklung des Verbandes in der Berichtzeit durch verschiedene ungünstige Einwirkungen gekemmt. Der schlechte Geschäftsgang hat viele Arbeiter zur Abwanderung in andere Berufe veranlaßt, die Fabrikanten sind in verstärktem Maße zur Anlegung von Stillaten in Gebieten mit zurückgebliebener Arbeiterkraft übergegangen; auch mußten durch die beiden großen Ausperrungen hohe Anforderungen an die Opferwilligkeit der Mitglieder gestellt werden, so daß durch die Zusammenwirkung dieser Umstände die Mitgliederzahl einen kleinen Rückgang erfahren hat. Nicht geringe hat sich dagegen die Beitragsleistung entwickelt.

Ende 1910 betrug der Durchschnittsbetrag aller Klassen noch 30,1 Pf. und Ende 1912 genau 40 Pf. Das ist, wenn man berücksichtigt, daß der Verband eine recht schlecht entlohnte Berufsgruppe umschließt und 42 Proz. weibliche Mitglieder zählt, ein sehr günstiger Stand. In Wochenbeiträgen wurden in der Berichtszeit 256 344 Mark eingenommen, gegen 153 414 M in den vorhergehenden zwei Jahren. Der Verband hatte ansehnliche Leistungen in Unterstützungen und besonders in gewerkschaftlicher Tätigkeit aufzuweisen. 6049 Mitglieder waren an Lohnbewegungen und Ausperrungen beteiligt. Mit welchem Widerstand in Arbeitgebetrieben die schlecht gelohnten Tabakarbeiter zu rechnen haben, geht daraus hervor, daß neben 174 an Streiks beteiligt gewesenen Mitgliedern 2749 von Ausperrungen betroffen wurden.

Die Beratung der Urträge führte zu dem Beschlusse, daß die Wartezeit für die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in Zukunft von drei Tagen auf eine Woche verlängert wird und daß beide Unterstützungen gegeneinander aufgerechnet werden. Die Wartezeit für Ausgesessene beträgt in Zukunft bei der Krankenunterstützung ebenfalls wie bei der Arbeitslosenunterstützung schon bisher 52 Wochen. Die bisherige, noch etwas ungewerkschaftliche Gestalt der Krankenunterstützung hat ihre Ursache darin, daß in den ersten Jahren eine besondere Buschklasse mit äußerst hohen Leistungen bestand, bei deren Auflösung der Verband eine zunächst etwas aufgepaßte Unterstützungsregelung eintreten lassen mußte. Der den Ortsgruppen verbleibende Anteil wird auf 10 Prozent festgesetzt, wovon jedoch 5 Prozent für Werbeweise an die Bezirke abgeführt werden müssen.

Am zweiten Verhandlungstag hielt zunächst der zweite Vorsitzende, Kollege Köhler, einen grundsätzlichen Vortrag über die Aufgaben und Ziele unserer Ständearbeit für die Tabakarbeiter, in dem die gegenwärtige berufliche und soziale Lage eingehend gewürdigt, die bisher zur Hebung der Tabakarbeiterlage geleistete Arbeit in der Selbsthilfe und in der Gesetzgebung dargestellt wurde und in dem zuletzt eine Anzahl wichtiger programmatischer Aufgaben und Forderungen aufgestellt wurden. Die zu dem Vortrag vorgelegten Richtlinien für die zukünftige Ständearbeit wurden einstimmig angenommen.

Sodann sprach der Kollege Hartmann über Tarifverträge. Hierzu wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Der fünfte Verbandstag erblickt in dem Abschluß von Tarifverträgen die einzige Möglichkeit, eine durchgreifende Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie zu ermöglichen. Um eine schnelle Förderung der Tarifbewegung, die bis heute noch bei den gut organisierten Arbeitgebern den größten Widerstand findet, herbeizuführen, ersucht der Verbandstag die der Gesamtbewegung angeschlossenen Berufsgruppen, den in dieser Sache gefaßten Beschluß des Dresdener Gewerkschaftsalltags praktisch durchzuführen. Beim Einkauf von Tabakwaren sollen in erster Linie diejenigen Firmen berücksichtigt werden, die ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt haben.“

Nach den erfolgten Neuwahlen, die keine Änderung ergaben, wurde der Verbandstag geschlossen.

## Aus ausländischen Gewerkschaften.

### Lohnbewegungen im Londoner Baugewerbe.

Unter den Londoner Bauarbeitern macht sich eine starke Gärung bemerkbar. In einigen Berufen ist es bereits zur Arbeitsniederlegung gekommen. Daß es aber zu einem allgemeinen Ausstand der Bauarbeiter kommen werde, ist nach einem Berichte in der „Pösn. Btg.“ einzuweilen nicht wahrscheinlich. Die verschiedenen Berufe sind durch 18 entsprechende Gewerksvereine vertreten, die in einem Verband zusammengeschlossen sind. Die Bewegung ergreift zunächst die Bauhilfsarbeiter und Anstreicher. Die beiden Kategorien fordern höhere Löhne, genauere Regelung der Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen und, was die meisten Schwierigkeiten machen soll, die Anerkennung ihrer Gewerksvereine. Von der Bewegung sind inzwischen auch mittelbar und unmittelbar berührt eine größere Anzahl Zimmerleute, Bauzeichner, Arbeiter für elektrische Leitungen, Feizer, Maschinenarbeiter usw., so daß, vielleicht mit einiger Uebertreibung, die Zahl der Feiernden bereits auf 20 000 geschätzt wird.

## Volkswirtschaftliches u. Soziales.

16 810 tödliche Verunglückungen wurden im Jahre 1911 in Preußen gezählt. Gegen das Vorjahr mit seinen 15 112 tödlichen Unfällen ist das ein Mehr von 1698 Fällen, oder auf Hunderttausend der Bevölkerung eine Steigerung von 38,2 auf 41,5. Also absolut und relativ eine Zunahme. Von den im Jahre 1911 in Preußen tödlich Verunglückten waren 13 351 männlichen und 3459 weiblichen Geschlechts.

Es verunglückten mit tödlichem Ausgange nach der „Stat. Corr.“:

in der Altersklasse	Personen		von 100 000 Personen		
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	Geslechts
von 0—5 Jahren	1 458	1 107	2 565	57,40	44,46
5—15	1 493	610	2 103	32,96	18,61
15—60	8 881	1 011	9 892	76,61	8,57
60 u. mehr	1 429	723	2 152	105,53	43,31
unbekannt	90	8	98		
Insgesamt	13 351	3 459	16 810		

Aus einer in der „Stat. Corr.“ gegebenen Uebersicht über die im Jahre 1911 im preussischen Staat und in den Provinzen tödlich Verunglückten im Alter von unter und über 15 Jahren geht hervor, daß von den

Knaben und Mädchen bis zu 15 Jahren, auf 100 000 Lebende berechnet, die meisten in den Provinzen Ost- und Westpreußen sowie in der Rheinprovinz verunglückt sind (die Hohenzollernschen Lande sind dabei außer Betracht gelassen). Berücksichtigt man die Erwachsenen, so sind im Staate 80,33, am meisten in der Provinz Westfalen, nämlich 117,50, dagegen im Landespolizeibezirk Berlin nur 42,86 Männer tödlich zugrunde gegangen. Die Frauen verunglückten viel seltener; im Staate sind von 100 000 Lebenden Frauen nur 12,89 tödlich verunglückt, am meisten in Schlesien, Posen und Westpreußen. Der Landespolizeibezirk Berlin ist mit 12,73 beteiligt, während die Provinz Westfalen mit 9,41 tödlich verunglückten Frauen am günstigsten dasteht.

Nach dem Familienstand unterscheidet, verunglückten in Preußen 9350 Ledige, 6113 Verheiratete, 1213 Witwen, 75 Geschiedene und 59 Personen unbekanntem Familienstandes.

In betreff der einzelnen Beschäftigungen sei erwähnt, daß von Männern verunglückten: im Bereiche der Land- und Forstwirtschaft 3136 (23,49 v. H.), in dem des Bergbaus und Hüttenwesens 1928 (14,44 v. H.), im Bereiche der Industrie 4318 (32,34 v. H.), in dem des Handels und Verkehrs 1824 (13,66 v. H.). Danach haben in der Industrie die meisten Verunglückungen stattgefunden.

Berücksichtigt man die soziale Lebensstellung, so kamen am meisten tödliche Verunglückungen bei den arbeitenden Ständen vor, und zwar bei Gehilfen, Gesellen, Lehrlingen und Fabrikarbeitern 4441 (26,42 v. H.), bei Tagelöhnern und ähnlich Beschäftigten 2774 (16,50 v. H.), bei Dienstboten 826 (4,91 v. H.) und bei selbständig Erwerbenden 1332 (8,22 v. H.), zusammen 56,05 v. H.; bei Rentnern, Pensionären, Mitsizern und Almosenempfängern — einschließlich der Angehörigen — ist die Zahl dagegen niedrig: 673 (4,01 v. H.), bei Heer und Marine ereigneten sich im ganzen 167 Fälle (0,99 v. H.).

Unter den verschiedenen Arten der Verunglückungen ist in erster Linie Ertrinken mit 3740 (3210 männlichen und 530 weiblichen) oder auf je 1000 tödlich Verunglückte 222 (240 männl., 153 weibl.) Personen beteiligt, an zweiter Stelle steht Sturz mit 3404 (2883 m., 721 w.) oder auf je 1000 tödlich Verunglückte 202 (201 m., 209 w.) und an dritter Stelle Ueberfahren mit 2715 (2278 m., 437 w.) oder 163 (171 m., 126 w.). Mit diesen drei Hauptarten der Verunglückungen vereinigen sich die übrigen in folgender Anführung: Verletzung durch Maschinen 542 (499 m., 43 w.) oder 32 (37 m., 12 w.), Verbrennen und Verbrühen 1746 (828 m., 918 w.) oder 104 (62 m., 265 w.), Erstickten 687 (464 m., 223 w.) oder 41 (35 m., 65 w.), Erschütten und Erschlagen 1405 (1329 m., 76 w.) oder 85 (100 m., 22 w.), Vergiftung 266 (206 m., 60 w.) oder 16 (15 m., 17 w.), Schlag oder Biß usw. durch Tiere 221 (256 m., 25 w.) oder 16 (19 m., 7 w.), Stöß, Schlag und Anprall 175 (156 m., 19 w.) oder 10 (12 m., 6 w.), Erschießen, Schußverletzungen und Explosionen 420 (372 m., 48 w.) oder 25 (28 m., 14 w.), Ertrinken 184 (165 m., 19 w.) oder 11 (13 m., 6 w.), Mißschlag 124 (85 m., 39 w.) oder 7 (6 m., 11 w.), sonstige Ereignisse 1121 (820 m., 301 w.) oder 66 (62 m., 87 w.), darunter Sonnenstich 602 (424 m., 178 w.) infolge der ungewöhnlich hohen Sommerhitze, gegen 45 im Vorjahre.

Leistungen der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Nach einer im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung beträgt die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 30. Juni 1913 von den 31 Landesversicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Sonderanstalten bewilligten Invalidenrenten 2 172 531.

Davon sind 35 815 in dem letzten Kalendervierteljahr festgesetzt worden. Infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen sind bereits 1 193 865 Invalidenrenten weggefallen, so daß am 1. Juli 1913 noch 978 666 Invalidenrenten liefen. Ihre Zahl hat sich sonach gegen den 1. April 1913 um 9319 erhöht.

Krankenrenten (Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes und § 1255, Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung) wurden bis einschließlich 30. Juni 1913 144 335 bewilligt. Davon sind 2844 in dem letzten Kalendervierteljahr festgesetzt worden. Infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen sind bereits 128 432 Krankenrenten weggefallen, so daß am 1. Juli 1913 noch 15 903 Krankenrenten liefen. Ihre Zahl hat sich sonach gegen den 1. April 1913 um 127 vermindert.

Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten beträgt 522 928. Davon sind 3018 in dem letzten Kalendervierteljahr festgesetzt worden. Infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen sind bereits 434 637 Altersrenten weggefallen, so daß am 1. Juli 1913 noch 88 291 Altersrenten liefen. Ihre Zahl hat sich sonach gegen den 1. April 1913 um 859 vermindert.

Seit dem 1. Januar 1912 ist der Invalidenversicherung die Hinterbliebenenversicherung angegliedert worden. Bis 30. Juni 1913 ist Witwenrente und Witwenrente in 7967 Fällen, Witwenkrankenrente in 232 Fällen, Waisenrente in 27 009 Fällen, Witwenrenten in 7870 Fällen und Waisenaussteuer in 271 Fällen bewilligt worden.

Die Bewilligung von Zusatzrente ist in einem Falle erfolgt.

## Soziale Wahlen.

Bonn. Am Sonntag, den 24. August, fand hier die Wahl zum Ausschuss der neuen „Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Bonn“ statt. Von den Arbeitnehmern wurden 2527 gültige Stimmen abgegeben. Die christlichen Kandidaten erhielten 1665 Stimmen, oder 27 Vertreter im Ausschuss. Die sozialdemokratischen Kandidaten erzielten 862 Stimmen oder 13 Vertreter. Die

### Trockene Wände

durch die echten Kosmos-Tafeln.  
Prospekt Nr. 6128 und Muster umsonst.  
A.W. ANDERNACH, BEUEL A. RHEIN.

neue Kasse tritt mit etwa 20 000 Versicherten an die Stelle der beiden bestehenden Ortskrankenkassen. Bei den Wahlen zu diesen Kassen im Vorjahr 1912 brachten die christlichen Arbeiter 959 bzw. 367, zusammen 1326 Stimmen, die sozialdemokratischen 783 bzw. 230, zusammen 1063 Stimmen auf. Die christlichen Stimmen haben sich demnach um 339 vermehrt, die sozialdemokratischen um 201 verringert. Persönliche Aufklärung unter den Dienstboten veranlaßte diese zu recht guter Wahlbeteiligung unter glatter Ablehnung des roten Stimmzettels.

## Gerichtliches.

Befähigung des Nachbarn bei Neubauten. Urteil des Oberlandesgerichts Celle vom 17. April 1913. (sk. Nachdr., auch im Auszuge, verb.) Von einer Firma in der Großen Pachtstraße in Hannover wurde zwecks Errichtung eines Neubaus das alte Haus niedergehauen. Durch die Abbrucharbeiten wurde ein benachbarter Kaufmann, dessen Hof an das abzubrechende Haus der Firma grenzte, in seinem Besitzum dadurch gestört, daß Staub, Steine und Schmutz auf seinen Hof fielen und seine Waren, die er auf dem Hof auszubringen und aufzubewahren pflegte, hierdurch beschädigt wurden. Er erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen die Firma, durch welche dieser bei Vermeidung einer Selbststrafe von 300 M für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben wurde, Vorkehrungen zu treffen, durch die das Gerahfallen von Steinen usw. auf den Hof des Kaufmanns verhindert werde. Diese Verfügung, die vom Landgericht Hannover aufrecht erhalten wurde, wurde aber vom Oberlandesgericht Celle unter folgender interessanter Begründung aufgehoben: Es steht fest, daß die Firma die Abbrucharbeiten an ihrem Hause nicht selbst vornahm. Sie hatte vielmehr durch den mit Errichtung des Neubaus beauftragten Architekten das Gebäude zwei Abbruchunternehmern verkauft, und diese hatten die Abbrucharbeiten ausführen lassen. Wenn durch die Ausführung dieser Arbeiten die Nachbarn infolge mangelhafter oder mangelhafter Schutzvorrichtungen in ihrem Besitze gestört wurden, so wurde diese Störung durch die Abbruchunternehmer verursacht, denen die Anordnung und Ueberwachung der erforderlichen Sicherungen beim Abbruch allein zustand. Demgegenüber könne sich der Kaufmann nicht darauf berufen, daß bei Störungen, die im Auftrage eines anderen begangen seien, als Störer auch der Auftraggeber anzusehen sei. Denn hier habe die Firma nicht den Auftrag gegeben, den Abbruch in einer Weise vorzunehmen, daß dadurch eine Störung anderer eintrete, sondern nach dem Vertrage die Abbruchunternehmer zur strengen Innehaltung aller polizeilichen Vorschriften angehalten und ihnen ferner auferlegt, die erforderlichen Schutzvorrichtungen zu treffen, auf eigene Kosten herzustellen und zu unterhalten. Inwieweit die Firma, falls die Abbruchunternehmer gleichwohl nötige Schutzvorrichtungen anzubringen unterließen und dadurch die Besitzstörung der Nachbarn verursachten, danach überhaupt die Art der Aus- und Fortführung der Abbrucharbeiten beeinflussen konnte und mußte, bedürfe hier nicht der Prüfung. Denn jedenfalls habe sie hier die an sie gelangenden Beschwerden an ihren Architekten, der ihr ganzes Verhältnis zu den Abbruchunternehmern für sie wahrnahm, zwecks Prüfung und Veranlassung der Abbruchunternehmer zu etwaiger Stellung weitergegeben und damit alles getan, was sie tun konnte. (Allenz. 2 U. 71/13.)

## Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauwille, Submissionsangebote, technische Zeichnungen im Baugewerbe, und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauwille sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Offen. An einem Umbau in der Altenborfer Straße verunglückten am 20. August vier Kollegen, davon zwei schwer und zwei leicht, durch Gerahfallen mehrerer Fensterbrühen, welche nicht genügend abgelaßt waren. Die schweren Verletzungen hatten zur Folge, daß die Ueberführung ins Krankenhaus angeordnet werden mußte. Wer die Schuld trägt, muß die Untersuchung ergeben.

### Submissionslisten.

Bierßen, 19. August. Die Eröffnung der Angebote auf Ausführung der Erd-, Beton- usw. Arbeiten, rund 1200 Kubikmeter Bodenaushub und 3000 Kubikmeter Beton zur Herstellung der Wegeunterführung an der Eisenstraße mit Durchlaß von 71,7 Kilometer hatte folgendes Ergebnis: R. Behr, M.-Glabach, 26 750,20 M.; J. Schmitt, Köln, 27 929,20 M.; Schuch u. Cie., Rhendi, 29 114 M.; Rich. Blüden, Grefeth, 29 233,10 M.; Rhein. Elb-Bohr. Baugesellschaft 29 629 M.; Deutsch u. Westf. Saarbrücken, 30 058,20 M.; Hansen, Bierßen, 30 379,20 M.; J. Hofmann, Duisburg, 30 715 M.; Schauer, Mühlheim (Ruhr), 31 394 M.; Rich. Schlömer, Dären, 31 513 M.; Fr. Nießen, Hilbesheim, 31 883 M.; B. Gardig, Dären, 32 914 M.; Bergolde, Düsseldorf, 33 309 M.; Schömer, Eickweiler, 35 088,50 M.; Ernst Sandvoß, Düsseldorf, 35 297 M.; R. Dornieden, M.-Glabach, 37 057 M.; Pfeiffer, Grefeth, 39 843,40 M.; Westf. Bauindustrie, Haspe, 40 169,40 M.; Greven, M.-Glabach, 41 261,50 M.; Meyer, Duisburg, 42 639,20 M.; Köbel, Godesberg, 48 551,80 M.; Pickenow, Gelsenkirchen, 59 193 M. Der Unterschied zwischen dem Höchst- und Mindestfordernden beträgt somit 32 442,20 M.

Lübeck. Am 19. August wurden die Offerten geöffnet, die auf die Ausschreibung der Erde Mees- und

**Kohrverlegungsleitungen für den Neubau der 28,9 Kilometer langen Kleinbahn Segeberg-Lübeck eingegangen sind.** Die Arbeiten sollen in drei Losen vergeben werden. Die geringste Forderung stellte eine hannoversche Firma, die insgesamt 423 401,70 M. forderte, während eine Meißburger Firma mit 823 704,50 M. die Höchsterforderung aufstellte. Mindest- und Höchstforderung liegen also um 400 000 M. auseinander. Eine Travemünder Firma, die nur für das erste Los eine Forderung abgab, verlangte hier reichlich 88 000 M., während die Meißburger Firma für dieselbe Arbeit 205 000 M. forderte. Solche Submissionsergebnisse sprechen ganze Bände. Die Mehrzahl der 22 Submittenten forderte eine Summe um 600 000 M. herum.

**Essen (Ruhr).** Das Ausschreiben zu dem Neubau eines Lokomotivschuppens in Essen-Nord hatte folgendes Ergebnis: Schweizer Nachf., Essen-West, 17 043,42 M.; Hartmann u. Horn, Essen, 19 910,50 M.; Böcking, Essen, 20 722,10 M.; Gebr. Sells, Sprockhövel, 20 776 M.; Jäger u. Köpfer, Essen, 21 034,75 M.; Kasten, Gladbeck, 21 639 M.; Zimmermann, Wagen, 21 730,50 M.; Kuppel u. Granel, Essen, 21 914 M.; Jos. Weber, Dorst (Emscher), 21 917 M.; Nienhagen, Essen, 21 937,75 M.; Souren, Bergerhausen, 22 225 M.; Linsgen, Essen, 22 515 M.; Wegmann, Geseberg, 22 741 M.; Horn, Kray, 23 131 M.; Mojer, Essen, 23 518,75 M.; Moldring u. Fischer, Essen, 23 523,25 M.; Reibt, Mettmann, 23 855 M.; Krieweis u. Lange, Mühlthausen, 24 005,50 M.; Sange, Essen, 24 451,80 M.; Stehr u. Rogge, Rothhausen, 24 545,50 M.; Junke, Wölkfel, 24 932,25 M.; Freienstein Nachf., Gelsenkirchen, 25 591,15 M.; Timm, Oberhausen, 26 223,50 M.; Bierwirth Sohn, Mühlheim, 26 248 M.; Bohn, Alsenessen, 26 280 M.; Diehl, Essen, 28 924 M.; Kenniger 29 318 M.; B. Franke, Essen, 30 714,50 M.; Kornziel, Gelsenkirchen, 32 559 M. Der Unterschied zwischen dem niedrigsten und höchsten Angebot beträgt „nur“ 15 515,58 M. Wenn man die Größe des Objektes betrachtet, dann ist ein solches Ergebnis geradezu haarsträubend.

**Werne b. Bochum.** Kurzeit werden hier auf der Höhe Heinrich Gufas, von der Firma Holtemeyer-Süßendorfermann umfangreiche Abrucharbeiten vorgenommen. Am 21. August ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem unser Kollege Hladung, beim Abhauen eines schweren Maurerklopes, 13 Meter mit in die Tiefe gerissen wurde. Der Kollege erlitt schwere innere Verletzungen und mußte dem Lütgendorfer Krankenhaus zugeführt werden.

**W. C. Die Rentabilität der Bau- und Terracingesellschaften.** Unter dem Druck des außerordentlich flauen Geschäftsganges im Baugewerbe hat die Rentabilität der Bau- und Terracingesellschaften eine starke Einschränkung erfahren. Obwohl das gesamte Aktienkapital dieser Gesellschaften im letzten Jahre von 434,88 auf 416,23 Mill. Mark gestiegen war, ging die durchschnittliche Dividende von 16,80 auf 11,24 Mill. Mark,

in Prozenten des Nominalaktienkapitals ausgebrückt, von 3,9 auf 2,5 Proz. zurück. Die Rentabilität ist also im Geschäftsjahr 1912 um mehr als ein Drittel des früheren Standes zurückgegangen. Für die einzelnen Gesellschaftsgruppen weist folgende Tabelle eine Uebersicht der Rentabilität auf:

	Zahl der Aktienkapital		Dividende				
	1911	1912	1911	1912			
Januar bis Juni	1911	1912	1911	1912			
Baugewerbe, davon	241	434,88	446,23	16,81	11,24	3,9	2,5
Terracingesellschaft	134	312,67	313,64	9,06	3,34	2,9	1,1
Baugesellschaften	105	122,21	132,99	7,75	7,90	6,3	6,0

Den Hauptanteil an dem Rückgang der Rentabilität in dieser Gruppe haben also die Terracingesellschaften. Zwar haben auch die Baugesellschaften die Dividende von 6,3 auf 6,0 Proz. einschränken müssen, bei den Terracingesellschaften aber beträgt die Durchschnittsdividende des letzten Geschäftsjahres nur noch 1,1 Proz. Diese schon an sich sehr niedrige Zahl rückt erst in das richtige Licht, wenn man den Rückgang gegen das Vorjahr mit beobachtet. Da zeigt sich, daß die im letzten Geschäftsjahr ausgeschüttete Dividende wenig mehr als ein Drittel der vorjährigen beträgt. Beide Zweige dieser Gewerbegruppe litten vor allem unter der Geldknappheit und der Ueberproduktion von Bauten in den Großstädten. Die Kaufkraft für Grundstücke war gering, hypothekarische Beleihungen von Grundstücken sind außerordentlich schwer zu beschaffen. Die Folge davon ist, daß die Rentabilität sinkt. Diese Gesellschaften müssen mit Verlust abschließen. Folgende Ziffern derjenigen Gesellschaften, die ihre Bilanzen bisher veröffentlicht haben, belegen dies:

Jahr	Zahl der Ges.	Aktienkapital	Reingehalt resp. Verlust	
			in Mill. M.	Uebersch.
1911	85	209,44	+ 21,12	
1912	54	104,87	- 16,66	+ 4,46
1911	75	173,74	+ 13,30	
1912	64	136,43	- 18,23	- 4,93
1911	97	112,54	+ 13,44	
1912	18	9,18	- 1,83	+ 11,61
1911	95	120,30	+ 13,51	
1912	20	11,81	- 2,61	+ 10,90

Die 139 Terracingesellschaften, die ihre Bilanzen mit Bezug auf Gewinn und Verlust veröffentlicht haben,

nicht haben, haben also in diesem Jahre mit dem außerordentlich hohen Gesamtverlust von 4,93 Mill. Mark abgeschlossen. Auch der Reingehalt über der Baugesellschaften, deren Bilanzen daraufhin geprüft werden konnten, hat sich in diesem Jahre vermindert. Die Ueberschüsse, welche die Aktiengesellschaften dieses Gewerbes vornahmen, mußten im letzten Jahre ebenfalls stark eingeschränkt werden.

**Bekanntmachungen.**

Verloren gegangen ist die Mitgliedskarte Nr. 36 121, lautend auf Johann Strauß. Dieselbe wird für ungültig erklärt.  
Verw. Freiburg i. Br.

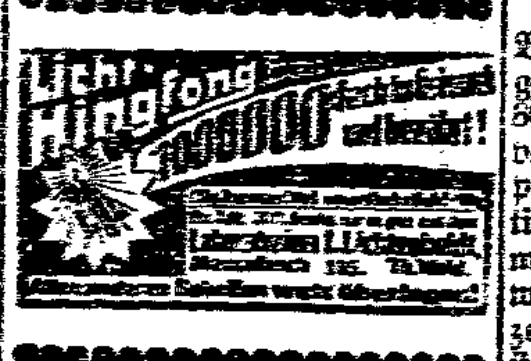
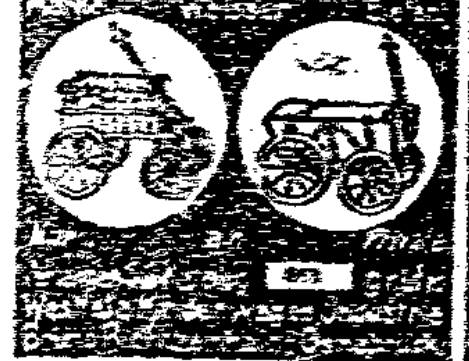
Das Mitgliedsbuch des Maurers Karl Meier, B. Nr. 3405, geboren am 14. 8. 1870 zu Wisburg, ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt. Demselben ist ein Ersatzbuch ausgestellt.  
Verwaltungsstelle Hannover.

**Tierertafel.**

Am 26. August starb infolge eines Hitzschlages unser Kollege, der Stukkateur **S. Peters** im Alter von 64 Jahren.  
Verwaltungsstelle Krefeld.  
Am 27. August starb nach langer Krankheit unser treuer Kollege **Peter Danz** (Maurer) aus Catteneß a. d. Mosel im Alter von 35 Jahren an Darmkrebs.  
Verwaltungsstelle Koblenz.  
Am 28. August starb nach langer Krankheit unser langjähriger Kollege und Hauskasserer **Wolfs Fuchs** im Alter von 49 Jahren infolge eines Kehlkopfleidens.  
Zahlstelle Deutsch-Raffelwitz.  
Ehre ihrem Andenken!

**Mein Herbst-Ideal.**

Die Erde naht, mit ihr die Sorgen,  
Die nicht so rasch und leicht zu hand bekömmen.  
Man plagt und sorgt sich um das ständige Mittel  
Und weiß nach langer Nacht, ob es auch kommt.  
Doch siehe da, was kommt dort um die Ecke,  
Ist es nicht unser alter Nachbar Klein?  
Er hat die Sorgen sämtlich überwunden,  
Denn einen Elefantwagen nennt er sein.  
Der schafft, ob Kohl, ob Hülsen, ob Kartoffeln,  
In großen Mengen und ganz leicht zu fahr.  
Ein Körbchen tut's, und binnen 24 Stunden  
Ist schon ein solcher Wagen dort.  
Die Firma **Wohlfahrt-Räderwerke** in Osnabrück 663 bringt in den Herbstmonaten wöchentlich 2-3 Waggons solcher Wagen an Private zum Verkauf.



**Praktische Uhr umsonst.**  
Senden Sie uns Ihre Adresse, wir senden Ihnen franko ein Stück wunderschöner Schweizer Uhren. Wenn Sie diese Uhr in 10 Tagen zurücksenden, erhalten Sie eine praktische Uhr umsonst. Kein Geld zahlen, nur Adresse. Versandkosten Gratlos, Abt. 16, Berlin O. 77, Andriastr. 39.

**Ingenieur-Akademie**  
Wissner z. d. Ostsee für Maschinen- und Elektro-Ing. Bau-Ing. und Architekt.  
**Emil Hohlfeldt**, Dresden-N. 6, Kärntnerstr. 2 u. 4.  
Spezialfabrikation und Vertrieb von **Berufsbekleidung** für Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter, etc. Preisliste u. Verlangen frei! Eins.

**Eine wertvolle Gabe** bietet jedem Leser unseres Heftes das hervorragende und weitbekannte Verlags-geschäft **Jonas & Co., Berlin N. E. 672**, durch ihren 500 Seiten starken Praxishandbuch mit 4000 Abbildungen von Tischrechnern, Karbuhren, Schweißmaschinen aller Art, photographischen Apparaten, Geodätischen Instrumenten für den praktischen Gebrauch und Luxus, Sprechmaschinen, Wirtschaftsmaschinen und Koffern, Musikinstrumenten und Spielwaren. Die Firma liefert alles dieses auf Teilzahlung gegen bequeme monatliche Zahlungen. Der Besteller bekommt die gewünschte Ware und die Bezahlung geschieht in kleinen monatlichen Raten. Dabei enormen Umsatz die Firma betreibt, beweist am besten bei Umfange, daß der jährliche Verkauf weit über 25 000 Uhren, tausende Sprechmaschinen und über zweihunderttausend Sprechmaschinenplatten beträgt, und daß der treue Kundenstamm sich auf über 28 000 Orte Deutschlands erstreckt. Vor allen Dingen aber wie zufrieden diese sind, geht daraus hervor, daß in einem einzigen Monat 20 657 alte Kunden, also solche Kunden, die schon vorher bei der Firma gekauft hatten, nachbestellt haben. Kein Interessent veräume den Praxishandbuch dieser Firma sofort zu verlangen. Die Zusendung desselben erfolgt umgehend und portofrei und ohne Kaufzwang. Die genaue Adresse lautet **Jonas & Co., Berlin N. E. 672, Belle-Alliance-Str. 3**. Wir empfehlen daher allen unseren Lesern, die ein Geschenk zu machen haben, oder selbst etwas benötigen, ungefähr eine Postkarte zu schreiben und sich diesen Praxishandbuch kommen zu lassen.

**Eine Uhr schenken wir Ihnen,** wenn Sie unsere 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat ein richtig u. verlässlich gehend. Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns Mk. 6.—, worauf wir Ihnen die Uhr schicken.  
**J. Stern Co., jetzt Berlin W. 50, Münchener Straße 49, Abt. 5.**

**Wünschen Sie Ihnen eine Taschenuhr?**  
wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Verkauf franko und wenn Sie solche verkaufen, senden Sie uns o. A., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben.  
**Vogt & Co., Heideberg A. 3.**

**Können Sie tanzen?**  
Wollen Sie also lieber in wenigen Stunden sämtliche modernen Tanz- und Gruppen Tänze lernen, dann Sie sich auf jeden Fall zu dem Tanzunterricht von **Hilffschneider C. Henry**, freie Str. 138, Köln, wenden. Wir in Köln durch **H. A. Schwarz's Verlag**, Dresden-N. 6 348.

**NATIONAL** Für jeden Radfahrer unentbehrlich.  
Garantierung u. Reparaturkosten in vorstehender, gez. gesch. Marke sind in Qualität unübertrefflich u. L. Radfahrer unentbehrlich. Bei Einkauf wollen Sie ausdrücklich obige Marke verlangen, u. keine andere annehmen, das bewahrt Sie vor Aerger, Zeit- u. Geldverlust. Vorrätig L. d. Fahrradfabr. Wo nicht erhältlich, weist Bezugsquelle nach: **Fabrik des. Gummlösung A.-G. vorm. Otto Korth, Offenbach a. M. No. 36**

**Wünschen Sie Ihnen eine Taschenuhr?**  
wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Verkauf franko und wenn Sie solche verkaufen, senden Sie uns o. A., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben.  
**Vogt & Co., Heideberg A. 3.**

**Gutbezahlte Stellung**  
wünscht man eine Artzelle der Tätigkeit durch Teilnahme an einem mit wertvoll. Kenntnissen, System Streits — bei **R. G. G.** — angestrebten **Fun- und Improvisationsunterricht**. Vertiefte, erfolgreichste Methode. **Glück. Musikunterricht** früherer Schüler.  
**Institut für Fern-Unterricht**  
Kultur-Technische Hoch. Schule.  
Bismarck 200, Paderborn 18.  
Programm & Preis. Fernstudien.  
Technische u. berufliche Fächer.

**Verammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.**

**Altenessen:** Heinrich Dimes, Wenzelstr. 49, alle 14 Tage Samstags-Verammlung.

**Borbeck:** Germania-Club, Röhre, Kirchliches Gewerkschaftshaus, alle 14 Tage Samstags-Verammlung.

**Caternberg:** Verkehrslokal **Th. Sch. G. G. G.**, alle 14 Tage Samstags-Verammlung.

**Essen-Rüttenscheid:** Heinrich Dimes, Rumpstr. 49, Verammlung der R. G. G. u. G.

**Essen:** Altkreis-Club, Joh. Strauß Meier, Verkehrslokal der christl. Gewerkschaften, alle 14 Tage Samstags-Verammlung. Bestenfallsigen bestens empfohlen. **Solis** — gute, billige Küche.

**Essen-West:** Verkehrslokal des **Deutscher Arbeiter-Verbands**, Großenhauser Straße 223.

**Kray-Nord:** Verkehrslokal **Bill. G. G. G.**, Gropstr. 134, alle 14 Tage Samstags-Verammlung.

**Rothhausen:** Verkehrslokal **Stef. Hill. Hilgen**, Buchstr. 24, alle 14 Tage Samstags-Verammlung.

**Steele:** Verkehrslokal **bei G. Rajmann**, Am Markt 3, alle 14 Tage Samstags-Verammlung.